



# Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
14. Jahrgang | Nr. 4 / 2009

## Jubiläum in festlichem Rahmen

Der Landesseniorenbeirat beging sein 15-jähriges Bestehen

Es war schon ein würdiger, dazu repräsentativer Rahmen, den sich der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V. für sein Jubiläum des 15-jährigen Bestehens gegeben hatte. Im Festsaal der Schweriner „Rittersstuben“ trafen sich Vertreter der 18 Seniorenbeiräte der Landkreise und kreisfreien Städte, die sich im LSB zusammengeschlossen haben und das bürgerschaftliche Engagement von rund 700 Älteren widerspiegeln. Zwar fiel der Gründungstag 1994 just auf jenen Tag im November, da anderswo die karnevalistische „fünfte Jahreszeit“ ihre Knospen knallen lässt, doch dass auch aktive Seniorenarbeit nicht bar jeden Humors ist, machte manches Gespräch – nicht nur in der Pause – deutlich.

Beiratsvorsitzende Brigitte Paetow hatte alle Teilnehmer herzlich begrüßt und betont: „In den zurückliegenden Jahren standen uns stets Partner zur Seite, die uns förderten, unterstützten und begleiteten.“ Heute sind es bereits 20 Kooperationspartner.

### „Keiner kommt an Ihnen vorbei!“

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hatte es sich nicht nehmen lassen, die Festrede zu halten. „Ihr Verband hat sich über die Jahre hinweg zu einer wichtigen und anerkannten Interessenvertretung der älteren Generation gegenüber dem Parlament und

der Landesregierung sowie der Öffentlichkeit entwickelt“, sagte sie. „Wer wissen will, was die Älteren – oder sagen wir: Erfahrenen – im Land bewegt, der kommt an Ihnen nicht vorbei.“



Brigitte Paetow (l.) dankt Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (r.) für die anerkennenden Worte in ihrem Festvortrag.

Das Altern der Gesellschaft werde schon lange nicht mehr als gesellschaftliche Belastung oder Bedrohung gesehen. Die Meisten hätten erkannt, dass „in einer alternden Gesellschaft Chancen und Potenziale liegen, die es zu erkennen gilt und die unsere Gesellschaft bereichern werden“.

Fortsetzung auf Seite 3

### Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

neben harter Arbeit muss auch einmal Raum zur Freude sein. Ich denke, dass die Festveranstaltung anlässlich des 15. Jahrestages unserer Gründung dazu Anlass bot. Deshalb veröffentlichen wir in dieser Ausgabe in Auszügen die anerkennenden Worte aus der Festrede der Landtagspräsidentin. Auch ich bin der Meinung, dass wir mit Stolz auf das bisher Erreichte zurückblicken können und freue mich darüber. Es darf und wird aber keinen Stillstand geben.

Das nächste Jahr 2010 ist das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, in welchem weitere Aktivitäten auch vom Landesseniorenbeirat zu dieser Thematik im Rahmen des Projektes INCLUSage stattfinden werden. Dazu wurden bereits im Oktober in vier Regionen Workshops mit von Altersarmut betroffenen Frauen und Männern durchgeführt.

Vor uns liegen nun die Festtage zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel. Ich wünsche Ihnen an diesen Tagen schöne Stunden im Kreise Ihrer Familie und tanken Sie dabei Energie und Kraft für die Erfüllung der Aufgaben im Jahr 2010.

Mit einem Dank für Ihre Unterstützung im vergangenen Jahr und den besten Wünschen für ein erfolgreiches 2010 grüße ich Sie recht herzlich!

Ihre Brigitte Paetow,  
Vorsitzende des  
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

### Aus dem Inhalt

Seite	8	<b>Der neue LSB-Vorstand</b>
Seite	14	<b>Pflege ist ein Spannungsfeld</b>
Seite	19	<b>Aus Städten und Landkreisen</b>

# Wo der Tanz schon immer zu Hause war

Der Casino-Saal im Vitanas Senioren Centrum als alter, neuer Ort



Es gibt Orte, die wecken bei vielen Menschen die gleichen Assoziationen. Fröhliche Betriebsfeste, ausgelassene Familienfeiern und die Tanzschule mit dem Ehepaar Richter – das sind Bilder, die bei vielen Schwerinern unzertrennlich mit der Tanzgaststätte Casino in der Pfaffenstraße verbunden sind. Auch die

ßer und freundlicher als früher. Doch eines hat sich nicht verändert: es wird hier immer noch getanzt. Alle zwei Wochen treffen sich die Kindergartenkinder der „Rappelkiste“ und die Senioren des Vitanas Senioren Centrums im Casino, um gemeinsam auf tänzerische Expeditionen nach Afrika zu gehen, die Bewegungen des heimischen Herbstes nachzuahmen oder die Vielfältigkeit des Wassers mit ihrem Körper darzustellen. „Diese Zeit mit den Kindern ist das Beste, was uns passieren kann“, hört man Frau Schulz oft sagen. Und auch die anderen Vitanas-Bewohner genießen diese Stunden sehr. Denn mit ihrem unerschöpflichen Ideenreichtum und großen Einfühlungsvermögen gestaltet die Leiterin der Ballettschule Tanz-Zeit, Jana Lück-Pusch, diese jedes Mal zu einem einzigartigen Erlebnis für jung und alt.

tung im Mai 2008 immer mit ihren Freundinnen dabei ist. „Viele kommen jedes Mal wieder, inzwischen kennt man sich. Aber es wäre schön, wenn sich noch ein paar mehr Männer auffinden würden“, ergänzt sie. Schritt, Schritt, Drehung - die flotte Live-Musik zieht alle aufs Parkett. Gut, dass es vorher zur Stärkung im-



Schweriner Oberbürgermeisterin, Angelika Gramkow, erinnert sich in ihrer Begrüßungsrede anlässlich der 40-Jahr-Feier der Vitanas Senioren Centren an alte Zeiten: „Ich habe in diesem Saal auch getanzt, und das stundenlang ohne Pause.“

Heute ist der Saal hinter der denkmalgeschützten Fassade heller, grö-

Wer gern nach altbewährter Tanzmusik schwobt, ist herzlich zu den regelmäßig stattfindenden Tanznachmittagen eingeladen. „Die Atmosphäre ist wirklich sehr nett hier, die Musik gefällt uns und wir werden immer freundlich bewirtet“, berichtet Heike Holm, die seit der ersten Veranstal-



mer leckere Patisserie-Spezialitäten gibt und man zwischendurch bei einer künstlerischen Darbietung durchatmen kann.

So heißt es an einem alten, neuen Ort der Begegnung und der Lebensfreude immer wieder: Dabei sein ist schön.

Vitanas Senioren Centrum Im Casino, Pfaffenstraße 3, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 575 66 - 0

[www.vitanas.de](http://www.vitanas.de)

*Fortsetzung von Seite 1*

In der Seniorenpolitik bestehe deshalb ein großer Handlungs- und Gestaltungsbedarf, der die Politiker, aber auch jede einzelne Seniorin und jeden einzelnen Senior vor neue Herausforderungen stelle. Viele Bereiche des Lebens seien davon betroffen: die Arbeitswelt, die Mobilität, die medizinische Versorgung, das Wohnumfeld, ebenso gesunde Ernährung und Bewegung.

Seniorinnen und Senioren leisten wertvolle Arbeit in Vereinen und Verbänden, geben Wissen und Erfahrungen weiter und engagieren sich politisch oder karitativ. Der überparteiliche Landesseniorenbeirat habe daran entscheidenden Anteil.

Sylvia Bretschneider: „Manche nehmen die Zahlen des demografischen Wandels immer noch mit Besorgnis oder Resignation wahr. Ich sehe das ganz anders: Wir sollten glücklich und dankbar sein, dass uns ein so langes und erfülltes Leben beschieden ist!“

Die durch den medizinischen Fortschritt gewonnene Lebenszeit sollte aktiv und verantwortlich genutzt werden, um noch mehr Ehrenamt und Solidarität in die Gesellschaft zu bringen, was dank des demografischen Wandels möglich ist. „Und diese Solidarität hält die Gesellschaft zusammen.“

### **Bedarfsgerechte Angebote und funktionierende Netzwerke**

Zahlreiche und abwechslungsreiche Initiativen des Landesseniorenbeirats geben einen Eindruck von der Gestaltungskraft der Seniorinnen und Senioren in unserem Bundesland. Dafür dankte die Landtagspräsidentin ausdrücklich und sehr herzlich im Namen der Landtagsmitglieder. Dann wandte sie sich an die Gesundheitswirtschaft und den Dienstleistungssektor:

„Wir brauchen bedarfsgerechte Angebote und funktionierende Netzwerke für eine Gesellschaft mit immer mehr aktiven Seniorinnen und Senioren. Welche Bedürfnisse haben die Frauen und Männer der Altersklasse 50plus?

Wie kann man denen helfen, die damit nicht zurecht kommen? Wie nutzen sie moderne Kommunikationsmittel? Welche Ansprüche haben sie an gesunde Ernährung? Wie wollen sie sich fit halten? Wie muss sich die Gesundheitsbranche auf die Vertreter einer gänzlich neuen (Un-)Ruhestandsgeneration einstellen? Welche Leistungen werden zusätzlich nötig und auch in Anspruch genommen?“



*Teilnehmer der Festveranstaltung*

Laut einer Studie der Universität Greifswald wird der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 2020 am größten sein, denn mit Erreichen des Rentenalters kommen zahlreiche aufgeschlossene Zuwanderer und Rückkehrer aus den alten Bundesländern in den Nordosten Deutschlands, um sich hier ihren neuen Lebensmittelpunkt zu suchen. Die häufig hohe Kaufkraft dieser Zielgruppe 50plus ist für die Wirtschaft generell interessant, vor allem aber auch für die Gesundheitswirtschaft.

„Ich denke, auch um diese Potenziale zu erfassen, wird uns Politikern der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern zukünftig gern als Ideengeber zur Verfügung stehen. Auf diese unser aller Zukunft gestaltende enge Zusammenarbeit mit Ihnen freue ich mich schon jetzt.“

Seniorenvertretungen, so die Landtagspräsidentin, haben sich als direkte Form der politischen Interessenvertretung älterer Menschen etabliert. Die

kommunalen Seniorenvertretungen sind darüber hinaus im Landesseniorenbeirat zusammengeschlossen und dieser wiederum ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landeseniorenvertretungen. Dies bedeutet, dass die politische Interessenvertretung älterer Menschen einerseits von der kommunalen über die Länderebene bis zur Bundesebene organisiert ist. Besonders hervorhebenswert ist dabei,

dass der Landesseniorenbeirat die vertretenen seniorenpolitischen Themen und die aktuellen Aufgabenstellungen regelmäßig mit den in Mecklenburg-Vorpommern tätigen Seniorenorganisationen und -verbänden abstimmt. Auf diese Weise können die vertretenen Positionen gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und in der Öffentlichkeit mit mehr Nachdruck und Selbstbewusstsein dargestellt werden. „Damit sollte man annehmen können, dass die Einflussmöglichkeiten der Seniorenvertretungen sehr umfassend sind. Schaut man aber genauer hin, so kann man feststellen, dass sich die Einflusschancen der Seniorenvertretungen von Kommune zu Kommune unterscheiden. Dies hängt nicht zuletzt mit ihrer noch nicht geregelten kommunalrechtlichen Absicherung zusammen, denn bislang ist ihre Einrichtung für die Kommunen nicht verpflichtend, sondern bleibt eine freiwillige Angelegenheit.“

*Fortsetzung auf Seite 4*

Bürgermeister von Kommunen, in denen Seniorenbeiräte tätig sind, betonen immer wieder die hilfreiche Unterstützung und Ergänzung der Arbeit demokratisch gewählter Entscheidungsorgane auf kommunaler und überörtlicher Ebene. Im Mittelpunkt stehen Anhörungsrechte älterer Menschen, die Erteilung von Rat und das Einbringen sowohl der Interessen als auch der Kompetenzen älterer Menschen in die Arbeit der politischen Interessenvertretungen auf kommunaler und Landesebene. Die in den letzten Jahrzehnten stark angestiegene Anzahl von Seniorenvertretungen belegt das wachsende Interesse älterer Menschen an direkten Formen der Teilhabe und Mitwirkung und dass ältere Menschen auch im wachsendem Maße dazu bereit und in der Lage sind, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens aktiv zu beteiligen. Auch wenn eine kommunalrechtliche Absicherung in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht erfolgt ist, so kann heute eine verantwortungsbewusst handelnde Kommune auf das breite Spektrum der gesellschaftlichen und politischen Mitwirkung eines Seniorenbeirats nicht mehr verzichten.“

Im Mittelpunkt der Arbeit von Seniorenvertretungen stehe die Kooperation mit allen altenpolitisch relevanten Akteuren, die Vermittlung von Informationen an die Vertreter von Politik und Verwaltung sowie sozialer Organisationen sowie die Öffentlichkeitsarbeit für ältere Menschen und für ein neues Leitbild des „aktiven Alters“. Die Praxis von Seniorenvertretungen auf örtlicher und überörtlicher Ebene zeige eindrucksvoll, welche Aufgaben und Leistungen unter günstigen Rahmenbedingungen bewältigt werden und welche wichtigen Funktionen sie für das politische System der Interessenvertretung erfüllen. Ältere Menschen – das belegen empirische Studien – streiten nicht ausschließlich für ihre eigenen Anliegen, sondern sind darüber hinaus daran interessiert, ihre Erfahrungen und ihren Sachverstand in die Lösung übergreifender Probleme und Herausforderungen

des Gemeinwesens einzubringen. Seniorenvertretungen leisten deshalb nicht nur einen Beitrag zur politischen Berücksichtigung der Interessen älterer Menschen, sondern generell auch zur Verbesserung der Qualität politischer Entscheidungen. Der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen, in welcher die Vertretungen aller Bundesländer zusammengeschlossen sind. Über diesen Weg können Anliegen auf die Bundesebene getragen werden. Seit einigen Jahren ist der Landesseniorenbeirat auch Beteiligter an europäischen Projekten.

### **Stolz auf die Altenparlamente**

„Ansprechen möchte ich aber auch ein regionales Projekt, auf das Sie und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu Recht gemeinsam stolz sein können. Ich meine das Altenparlament, das am 25. Juni 2009 nunmehr schon zum 6. Mal am Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Schloss zu Schwerin auf Initiative des Landesseniorenbeirats und meines Vorgängers im Amt Herrn Hinrich Kuessner stattfand.

10 Jahre Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern – in dieser Zeit hat es sich zu einer Institution entwickelt, die sowohl in unserem Bundesland als auch weit darüber hinaus hohes Ansehen genießt und auf qualitativ hohem Niveau arbeitet. Die Beschlüsse des Altenparlaments haben Gewicht und beeinflussen immer wieder die politischen Entscheidungen. Das Altenparlament war und ist Vorbild für die Einrichtung vergleichbarer Institutionen.

Sicher, dieses neu etablierte Gremium musste sich erst Gehör verschaffen. So war es nicht verwunderlich, dass es nach dem ersten Altenparlament 1999 unterschiedliche Auffassungen darüber gab, wie mit den Beschlüssen des Altenparlaments umzugehen sei. Es ist Ihnen und insbesondere dem Organisationskomitee und dem Landesseniorenbeirat gelungen, so auf die Politik zuzugehen, dass ein Vertrauensverhältnis zu den Fraktionen des Landtags und

der Landesregierung aufgebaut werden konnte. Dabei haben Sie – so wie mit Ihren drei Leitanträgen in diesem Jahr – bewiesen, dass Sie einen großen Erfahrungsschatz und Lebenserfahrung besitzen. Sie haben, sicherlich aus Ihrer Sicht, nie den Blick aufs Ganze verloren. Dies schon deshalb nicht, weil die jüngere Generation von heute die Seniorinnen und Senioren von morgen sind. Diese Realitätsbezogenheit hat es sowohl den Fraktionen im Landtag als auch der Landesregierung erleichtert, Ihre Vorschläge bei ihren Überlegungen mit einzubeziehen.“

Die 15-jährige Wirkenszeit des Landesseniorenbeirats lasse erkennen, so Sylvia Bretschneider, „dass Seniorenpolitik nach wie vor ein spannendes Thema ist, denn der demografische Wandel bringt für Mecklenburg-Vorpommern Veränderungen, die mit großen sozialen, ökonomischen und politischen Herausforderungen einhergehen werden. Sie sind nur zu bewältigen, wenn Politik, Verwaltungen, Wirtschaft und die Zivilgesellschaft gemeinsam ihren Beitrag dazu leisten.“

Entscheidungsträger und Verantwortliche seien daher gut beraten, die Beteiligungsmöglichkeiten in den Seniorenbeiräten zu fördern und auszubauen, Hemmnisse zu überwinden und mit freiwillig engagierten Menschen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Eine besondere Verantwortung falle dabei wie bisher auch dem Landesseniorenbeirat zu.

„Ich wünsche dem Landesseniorenbeirat auch für die nächsten Jahre motivierte und aktive Mitstreiter zur Erreichung dieses unseres gemeinsamen Zieles: ein lebens- und liebenswertes Mecklenburg-Vorpommern für alle Generationen zu schaffen. Lassen Sie uns die Zukunft unseres solidarischen Gemeinwesens tatkräftig weiter zusammen gestalten.“

### **Grußworte der Landtagsfraktionen**

Das Grußwort der terminlich verhinderten Sozialministerin Manuela Schwesig trug Abteilungsleiter Hartmut Renken vor. Der LSB sei ein

anerkannter Ansprechpartner des Landtags, der Landesregierung, der Bürgerbeauftragten, der kommunalen Landesverbände sowie aller sozialer Organisationen. Wie sehr dem Ministerium für Soziales und Gesundheit das Thema Seniorenpolitik am Herzen liege, könne man auch an dem Seniorenmitwirkungsgesetz erkennen, das derzeit im Landtag beraten werde.

Dr. Norbert Nieszery, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag, hob hervor, dass der LSB seniorenpolitische Fragestellungen selbstbewusst in die Politik einbringe und engagiert Themen wie Pflegestützpunkte, die Sicherung der Rente, die Bekämpfung der Altersarmut, die Mitwirkung Älterer sowie den Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention diskutiere.

CDU-Fraktionsvorsitzender Harry Glaue unterstrich: „Es sind gerade ältere Mitbürger, die in vielen Gemeinden das Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung bilden. Sie geben Zeit und Kraft, um die Entwicklung vor Ort im Interesse von Jung und Alt voranzubringen.“

Die Linksfraktion, so deren Vorsitzender Helmut Holter, unterstütze den LSB in seinem Bestreben, Rahmenbedingungen in Politik und Gesellschaft so zu gestalten, damit jedem Menschen auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben möglich sei. Jüngstes Beispiel sei die Schaffung eines Netzes von unabhängigen Pflegestützpunkten. „Dafür“, so Holter, „muss die Landesregierung endlich die Voraussetzungen schaffen, sonst bleiben ihre lobenden Worte für das Engagement des Seniorenbeirats Makulatur.“

Für die Gäste überbrachte Dr. Christoph Steinbach, Vorsitzender des Landesseniorenrats Niedersachsen, herzliche Grüße, ebenso gratulierten der Vorsitzende und der Geschäftsführer der BAGSO sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen. „Fritz“-Schüler vom Gymnasium Fridericianum Schwerin boten Musik für Holzbläser und teils recht hinter sinnige Rezitationen – eine Art humoriger Klammer zwischen den Generationen. *ric*

Lobby der Älteren



Die **BAGSO**  
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.

BAGSO e.V. • Bonngasse 10 • 53111 Bonn

Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern  
Vorsitzende  
Frau Brigitte Paetow  
Perleberger Str. 22  
19063 Schwerin

Dr. Guido Klumpp  
Tel. 0228-24 99 93-13  
Fax 0228-24 99 93-20  
[klumpp@bagso.de](mailto:klumpp@bagso.de)

Bonn, 9. November 2009


**Gratulation zum 15-jährigen Bestehen**

Sehr geehrte Frau Paetow,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
zum 15-jährigen Bestehen des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern gratulieren wir sehr herzlich.

Mit Ihrer engagierten Arbeit haben Sie vieles für die älteren Menschen in Ihrem Bundesland, aber auch darüber hinaus erreicht. Die Seniorenparlamente sind nur eines von vielen Beispielen für dieses Engagement – allerdings eines, das zeigt, wie wichtig Ihnen die Vernetzung derer ist, die sich um das Wohlergehen und die Anliegen älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern kümmern.

Auch wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit, sei es im Bereich der Lobbyarbeit für Ältere, sei es bei der gemeinsamen Durchführung von Projekten.

Zur Festveranstaltung, bei der wir leider nicht dabei sein können, übersenden wir unsere herzlichsten Grüße



Walter Link  
Vorsitzender



Dr. Guido Klumpp  
Geschäftsführer

Sonderberatungsstatus beim Sozial- und Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen • Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) • Mitglied in der Europäischen Plattform Älterer Menschen AGE



Ausgezeichnet mit einer Ehrenurkunde der Ministerin wurden: (v.l.) Günter Schult, Friedbert Grams; (v.r.) Helge-Carl Wendt und Barbara Grimm.

## Verkehrssicherheit und Verbraucherschutz

### Themen zur Weiterbildung auf der diesjährigen Herbsttagung in Banzkow

Der Festveranstaltung zum 15-jährigen Bestehen des Landesseniorenbeirats schloss sich im Trend-Hotel Banzkow bei Schwerin die traditionelle Herbsttagung an. Themen der diesjährigen Weiterbildung waren Verkehrssicherheit und Verbraucherschutz. Resümee des Themenkomplexes „Fit im Verkehr“:

In den vergangenen Jahren hat sich sowohl im Verkehrsrecht als auch in der Technik so viel getan, dass oft nur Führerschein-Neulinge den aktuellen Stand kennen. Dabei können Wissenslücken sehr gefährlich sein. Die Verbandsfahrschulen bieten jetzt unter dem Motto „Fit im Verkehr“ gezielte Trainings an, in denen man sich über alle wichtigen Änderungen informieren kann.

Das Programm umfasst folgende Bausteine: Aktuelle Rechtsänderungen; Fahrbahn, Fahrstreifen und Überholen; Kreuzungen und Einmündungen; Vorfahrt und Abbiegen; Geschwindigkeit, Sicherheits- und Seitenabstand; Halten, Parken und Liegenbleiben; Pflichten des Fahrers, Personenbeförderung und Ladung; Bußgelder und Punkte; Technik, Assistenzsysteme, Wirtschaftliches Fahren; Andere Verkehrsteilnehmer; Fit im Alter; Führerscheinvorschriften und Praktische Übungen.

Das fast dreistündige Programm gab Einführungen in das Programm und war von den Organisatoren (Fahrschullehrerverband, Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung, Landesverkehrswacht und Verkehrspolizei) hervorragend vorbereitet und durchorganisiert. Im Mittelpunkt standen praktische Übungen zur Reaktionsfähigkeit, die so manchen „Aha-Effekt“ auslösten. Es besteht die Möglichkeit, Moderatoren anzufordern, die auch „vor Ort“ derartige Trainings zu den einzelnen Bausteinen durchführen. Ich gehe davon aus, dass dies sehr oft genutzt werden wird, denn jeder möchte ja solange wie möglich bei guter Sicherheit mobil bleiben.

Zu den neuen Fahrgastrechten referierte Hans-Jürgen Linkner von der Deutschen Bahn AG. Das neue Gesetz gilt seit dem 29. September 2009 einheitlich in ganz Deutschland. Dabei erhalten Reisende gleiche Rechte bei allen Eisenbahnunternehmen. Die Regelungen gelten für alle Züge von der S-Bahn bis zum ICE – unabhängig davon, von welchem Unternehmen sie betrieben werden. Einbezogen sind auch Reiseketten aus Zügen verschiedener Eisenbahnunternehmen, die mit einer Fahrkarte genutzt werden.

desstellen regelt.

Alle Verbraucher haben damit Anspruch auf Information über Produkte (Lebens- und Futtermittel sowie Wein, Kosmetika und Bedarfsgegenstände), die den Behörden vorliegen. Die Behörden ihrerseits haben das Recht, über bestimmte Sachverhalte aktiv zu informieren. Es ist deshalb jetzt möglich, von den Behörden zu erfragen, welche Informationen über bestimmte Produkte vorliegen, beispielsweise zu deren Beschaffenheit oder den Herstellungsbedingungen, ob sie



*Martin Langer (links) und René Szillat beim Reaktionstest*

Die Deutsche Bahn hat in Zusammenarbeit mit dem Tarifverband der bundeseigenen und nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Deutschland ein gemeinsames Verfahren zur Abwicklung der Entschädigungsansprüche der Kunden aller teilnehmenden Bahnen vereinbart; der Seniorenkurier berichtete bereits in seiner vorigen Ausgabe darüber.

Mit dem Verbraucherinformationsgesetz beschäftigte sich Uta Nehls von der Neuen Verbraucherzentrale M-V e.V. Das Gesetz trat am 1. Mai 2008 in Kraft, zeitgleich mit der Verbraucherinformationsgebührenverordnung, die die Gebühren für Anfragen an Bun-

Allergene enthalten, oder welche sonstigen Untersuchungsergebnisse darüber vorhanden sind. Behörden wiederum werden in die Lage versetzt, Hinweise über Produkte weitergeben zu können, bei denen beispielsweise eine erhebliche Überschreitung von Grenzwerten festgestellt wurde oder bei denen es wissenschaftlich umstritten ist, ab welcher Konzentration ein bestimmtes Risiko besteht. Auch bei einem Verstoß gegen verbraucher-schützende Vorschriften ist es den Behörden gestattet, die Namen der Firmen bekannt zu geben. Das war in Deutschland bisher nicht möglich.

*Brigitte Paetow*

## Schwerpunktaufgaben des Landessenorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V. für das Jahr 2010

Zur Gestaltung des demografischen Wandels in unserem Bundesland und in Erfüllung des Auftrages zur Interessenvertretung der älteren Generation ergeben sich für den Landessenorenbeirat neue Herausforderungen für seine Arbeit im Jahr 2010.

Dafür werden folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Intensiver Kontakt zu den Fraktionen des Landtages zu gesellschaftlichen Themen, z. B. Umsetzung der Beschlüsse des Altenparlaments und Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzentwürfen, in welchen Interessen der Senioren berührt werden.
2. Hinsichtlich der Seniorenpolitik werden regelmäßige Konsultationen mit den Ministerien der Landesregierung, insbesondere dem Ministerium für Soziales und Gesundheit geführt.
3. Durchführung von Regionalkonferenzen und Weiterbildungsveranstaltungen zu seniorenpolitischen Themen auf Landesebene und Förderung des Erfahrungsaustausches der Mitglieder.
4. Unterstützung bei der Bildung neuer Seniorenbeiräte in den Kommunen.
5. Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des Landessenorenbeirats auf Landesebene. Grundlage dafür ist das gemeinsame Positionspapier vom März 2004, das bei Notwendigkeit fortzuschreiben ist.
6. Unterstützung und Mitwirkung bei der Umsetzung der Zielstellungen und Maßnahmen des Landesprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ insbesondere durch Mitarbeit in den dazu berufenen Arbeitsgruppen.
7. Werbung für die Teilnahme am Programm „Aktiv im Alter“ mit der Unterstützung des Memorandums „Mitgestalten - Mitentscheiden, Ältere Menschen in den Kommunen“.
8. Wiederaufnahme der Tätigkeit der Arbeitsgruppen im Landessenorenbeirat:
  - Gesundheit/ Pflege
  - Wohnen/ Seniorensicherheit
  - Kultur/ Bildung/ Sport
9. Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit von Senioren (innere Sicherheit, Verkehrssicherheit), u. a. auch durch Mitarbeit in der AG „Seniorensicherheit“ des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung in Mecklenburg-Vorpommern.
10. Weitere Mitarbeit in den Gremien:
  - Landespflegeausschuss
  - Fahrgastbeirat der DB AG
11. Aufrechterhaltung der Verbindungen zur BAGSO-Kontaktstelle in Brüssel, ggf. Mitwirkung bei weiteren Projekten.
12. Unsere Mitgliedschaft in der BAG LSV nutzen wir, um seniorenpolitische Themen öffentlich zu machen, die auf Bundesebene wirken, und uns für deren Durchsetzung um Mehrheiten bemühen.
13. Förderung der Projektarbeit von Senior-Trainern in den SB der Kommunen, der Landkreise und der kreisfreien Städte.
14. Mitarbeit in der AG „Küstenländer“ der Landessenorenbeiräte, Organisation eines Erfahrungsaustausches in M-V.
15. Ausbau der Beziehungen zu weiteren
  - Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen in M-V
  - bundesweiten Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen (Landesarmutskonferenz, BAGSO, Bundesnetzwerk älterer Frauen usw.)
16. Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung von Ehrenamtsmessen in M-V.
17. Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit für die Seniorenpolitik durch:
  - a. Pflege der Internetseite des Landessenorenbeirats mit Verlinkung zu den kommunalen Seniorenbeiräten und den Kooperationspartnern auf Landesebene
  - b. Kontakt zu den Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen)
  - c. Herausgabe des „Seniorenkuriers“
  - d. Mitarbeit im Fachbeirat der „Landesausstellung für Gesundheit & Lebensfreude – 50+ Mitten im Leben“ und Beteiligung mit einem eigenen Informationsstand
  - e. Herausgabe einer Broschüre mit dem WEKA-Verlag





## Vorstandswahlen 2009

Am 12. November 2009  
wählte die Mitgliederversammlung  
den neuen Vorstand des  
Landessenorenbeirats M-V e.V.

### Vorsitzende

#### **Brigitte Paetow**

John-Brinckman-Straße 17  
18233 Neubukow  
Tel.: 038294 - 14158  
E-Mail: paetow.brigitte@gmx.de



### Stellv. Vorsitzende

#### **Erika Drecoll**

Rennbahnallee 7  
18059 Rostock  
Tel.: 0381 - 4001557  
E-Mail: erika.drecoll@alice-dsl.de



### Stellv. Vorsitzender

#### **Siegfried Schwinn**

Mecklenburgstraße 95  
19053 Schwerin  
Tel.: 0385 - 3976456  
E-Mail: ssschwinn42@aol.com



### Schatzmeisterin

#### **Karin Lechner**

Bürgermeister-Haupt-Straße 67  
23699 Wismar  
Tel.: 03841 - 763992  
E-Mail: karinlechner@web.de



### Beisitzerin

#### **Brigitte Seifert**

Lindenstraße 14  
17309 Dargitz  
Tel.: 03976 - 255242  
E-Mail: hdbg@volkssolidaritaet.de



### Beisitzer

#### **Peter Klemm**

Kapitänsweg 2  
18546 Sassnitz  
Tel.: 038392 - 22447  
E-Mail: klemm.peter@t-online.de



### Beisitzer

#### **Herbert Kautz**

Dorfstraße 25  
17495 Wrangelsburg  
Tel.: 038355 - 61220  
E-Mail: herbertkautz@t-online.de

## Als Kassenprüfer wurden gewählt:

#### **Renate Müller**

Mittelfeld 28  
23866 Wismar

#### **Alexander Joest**

Bornhövedstraße 108  
19055 Schwerin

#### **Günter Schult**

Ahornstraße 5  
17033 Neubrandenburg

# Mitgliederversammlung wählte neuen Vorstand

Wichtigstes Ergebnis der Mitgliederversammlung am gleichen Ort in Banzkow war diesmal die Neuwahl des Vorstands. LSB-Vorsitzende Brigitte Paetow gab den sehr umfangreichen Rechenschaftsbericht für das vergangene Jahr und legte einen Entwurf für den Arbeitsplan 2010 vor. Beides fand die Akzeptanz der Mitglieder, ebenso der Entwurf des Haushaltsplans für das nächste Jahr. Die Empfehlungen dokumentieren



*Brigitte Paetow dankt den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern; Heinz Käkenmeister*

wir untenstehend.

Für die Wahl des Vorstands standen die bisherigen Mitglieder Helge-Carl Wendt, Friedbert Grams, Barbara Grimm sowie Heinz Käkenmeister nicht mehr zur Verfügung. Mit dem herzlichen Dank für ihre Mitarbeit wurden sie auf der Festveranstaltung und der Mitgliederversammlung verabschiedet. Der neue Vorstand besteht aus sieben Personen, die wir auf Seite 8 vorstellen. ■

## Empfehlungen des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e.V. zur Arbeit von Kreis-, Stadt-, Amts- und Gemeindevorständen in Mecklenburg-Vorpommern

### Präambel

Zur positiven Gestaltung des demografischen Wandels ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar. Viele Seniorinnen und Senioren sind bereit, ihre Kompetenzen und Erfahrungen für das Gemeinwohl einzusetzen. Sie wollen aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik mitwirken.

Der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V. sieht deshalb in der Förderung der Engagementbereitschaft der Älteren eine wichtige kommunale Aufgabenstellung. Seniorenbeiräte sind dabei eine mögliche und in vielen Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern bereits praktizierte Form des Engagements.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen gibt der Landesseniorenbeirat zur weiteren Gewinnung engagierter Seniorinnen und Senioren im Land folgende Empfehlungen:

### 1. Entwicklung, rechtlicher Rahmen

In den zurückliegenden Jahren haben sich in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 1500 Seniorenbeiräte/-vertretungen gebildet. In jedem Bundesland arbeitet eine Landesseniorenvertretung / ein Landesseniorenbeirat. In Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich zurzeit in Kreisen, Städten, Ämtern und Gemeinden 65 Seniorenbeiräte, in denen insgesamt ca. 650 Senioren ehrenamtlich tätig sind. Weitere Gründungen stehen bevor oder sind geplant. Ein Seniorenbeirat kann in jeder Kommune gebildet werden. Aus der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich für die Einrichtung und Förderung von Seniorenbeiräten keine Verpflichtung. Die Förderung der Arbeit ist in die Freiwilligkeit der Kommune gestellt. Entstehung und Entwicklung von Seniorenbeiräten richten sich ausschließlich nach den örtlichen Gegebenheiten. So entstanden und entstehen Seniorenbeiräte als freiwillige Zusammenschlüsse älterer Menschen oder auf Grund von Beschlüssen der Kommunalvertretungen, in einigen Fällen auch in Form eines eingetragenen Vereins. Seniorenbeiräte sind unabhängig, parteipolitisch neutral und konfessionell ungebunden.

### 2. Zielsetzung, Grundsätze und Aufgaben von Seniorenbeiräten

Seniorenbeiräte auf Gemeinde-, Amts-, Stadt- und Kreisebene sind eine wichtige Engagementform älterer Bürgerinnen und Bürger und bieten Mitwirkungsmöglichkeiten bei kommunalpolitischen Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen.

*Fortsetzung auf Seite 10*

*Fortsetzung von Seite 9*

Seniorinnen und Senioren sind Experten und Gesprächspartner für Themen des Älterwerdens und Altseins. Seniorenbeiräte können durch ihre Arbeit dazu beitragen, dass sich Frauen und Männer der älteren Generation an der Gestaltung des Gemeinwesens aktiv beteiligen. Gleichzeitig stärkt das Engagement die Eigeninitiative und eine positive Lebenseinstellung der älteren Menschen in einer neuen Lebensphase. Damit können auch Menschen erreicht und aktiviert werden, die bisher einem Engagement eher fern stehen.

In einer Gesellschaft für alle Lebensalter ist es Aufgabe der Seniorenbeiräte, sich dafür einzusetzen, dass die Lebenschancen der Älteren und die Zukunftschancen der Jüngeren nicht gegeneinander ausgespielt werden. Seniorenbeiräte sehen es auch als ihren Auftrag an, den Dialog mit den jüngeren Generationen zu suchen.

Aufgabe der Seniorenbeiräte ist es weiter, durch eine enge Zusammenarbeit mit den politisch Verantwortlichen in den Kommunen, mit Fragen der Seniorenarbeit befassten Organisationen und den Medien, die Probleme der älteren Menschen darzustellen und an ihrer Lösung mitzuarbeiten. In diesem Sinne verstehen sich Seniorenbeiräte als Organe des Erfahrungsaustauschs und der Meinungsbildung sowie der Vernetzung. Seniorenbeiräte sollen die gesamte gesellschaftliche Öffentlichkeit für die Situation der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sensibilisieren.

Seniorenbeiräte verstehen sich als Partner von Politik und Verwaltung, indem sie die Kommunalpolitik in seniorenpolitischen Fragen berät und Vorschläge unterbreitet. Dabei geht es vor allem um die Gestaltung des Gemeinwesens, das Lebensraum für alle Generationen sein soll, und um die Mitwirkung bei der kommunalen Politik für Ältere. Dies gilt unter anderem für die Aufgabengebiete:

- Sozialwesen und Gesundheit • Stadtentwicklung und Verkehr • Bauplanerisches Gestalten und Wohnen
- Bildung und Kultur • Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement

Seniorenbeiräte sind wichtige Ansprechpartner für die älteren Einwohner, zu denen zunehmend auch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören.

Sie bieten darüber hinaus Leistungen für alle Generationen, die sonst nicht erbracht werden könnten (z.B. Beratung, Mitarbeit im Heimbeirat, bei der Kinderbetreuung, der Hausaufgabenbetreuung, Besuche in Pflegeheimen).

### **3. Zusammensetzung der Seniorenbeiräte**

Durch den Seniorenbeirat sollen ältere Bürger im Gemeinwesen angesprochen, vertreten und für das bürgerschaftliche Engagement aktiviert werden.

Das Wahl- und Wählbarkeitsalter liegt in der Regel bei 60 Jahren. Diese Altersgrenze kann für Nichtberufstätige und Vorruheständler aber auch verändert (herabgesetzt) werden, in der Regel auf 55 Jahre.

### **4. Verfahren für die Bildung der Seniorenbeiräte**

#### **4.1 Urwahl**

Die Urwahl - meistens als Briefwahl - ist ein besonders demokratischer Weg zur Bildung eines Seniorenbeirats. Je mehr ältere Menschen einer Kommune ihr Votum abgeben, desto größer ist die öffentliche Legitimation.

Das Wahlrecht sollte allen Bürgerinnen und Bürgern entsprechend der festgelegten Altersgrenze zugestanden werden. Wählbar sind in der Regel Personen ab diesem Lebensalter.

Die gewählten Personen bilden den Seniorenbeirat, der sich eine Satzung gibt oder sich nach einem von der Kommune vorgegebenen Statut konstituiert und organisiert.

#### **4.2 Delegationsverfahren**

Dieses Verfahren bietet sich vor allem auf der Landkreisebene und in größeren Städten an. Der Seniorenbeirat setzt sich aus Personen zusammen, die nach einem bestimmten Schlüssel von Trägern der Altenarbeit benannt werden, wie z.B.:

- Kommunen
- Freien Wohlfahrtsverbänden
- Weiteren Verbänden und Organisationen, die in der Altenarbeit tätig sind oder mit älteren Menschen zu tun haben
- Altersabteilungen von Vereinen sowie der freiwilligen Feuerwehren
- Seniorenorganisationen der politischen Parteien
- Kirchen, Religionsgemeinschaften • Heimbeiräten • Altenhilfeeinrichtungen und -dienste u.ä.

Die Delegierten wählen aus ihrer Mitte die/den Vorsitzenden und den Vorstand.

### 5. Notwendige Rahmenbedingungen für die Arbeit von Seniorenbeiräten

Aus der derzeit gültigen Kommunalverfassung ergibt sich für die Kommunen keine Verpflichtung zur Gründung von Seniorenbeiräten. Aber es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, die als rechtliche Grundlage tragfähig sind. Voraussetzung ist, dass eine Mehrheit der Ratsmitglieder einen Seniorenbeirat für erforderlich hält und dies entsprechend beschließt.

Die Kommune sollte sicherstellen, dass bei allen Belangen, welche die älteren Menschen betreffen, der Seniorenbeirat in die Entscheidungsfindung einbezogen wird. Dafür sollten verbindliche Regelungen geschaffen werden.

Form und Art der Gründung und Einrichtung von Seniorenbeiräten sollten festgelegt, Aufgaben, Rechte und Pflichten sowie die Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte und die Arbeitsweise bzw. Arbeitsform der Seniorenbeiräte abgesichert werden.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Kreistag, Kommunalverwaltung und Seniorenbeirat ist unerlässlich. Eine personelle Begleitung und Unterstützung durch die Verwaltung ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Seniorenbeirat und Kommune.

Dem Seniorenbeirat sollten zu relevanten Themen in den Gremien und Ausschüssen der Kommunen mindestens ein Anhörungsrecht eingeräumt werden.

Ebenso sollte eingeräumt werden, dass Mitglieder des Seniorenbeirats als sachkundige Einwohner/ Bürger in Ausschüsse als beratendes Mitglied hinzu gewählt werden können.

### 6. Finanzierung

Seniorenbeiräte arbeiten ehrenamtlich. Sie benötigen jedoch für ihre Arbeit eine gesicherte Sach- und Finanzausstattung. Förderlich für die ehrenamtliche Arbeit des Seniorenbeirats ist die Bereitstellung von geeigneten Räumen, Versicherungsschutz und finanziellen Mitteln für Organisationsbedarf, Information, Projekte und Veranstaltungen.

Bewährt hat sich, dass Gemeindeverwaltungen den Seniorenbeiräten Schreib-, Druck- und Kopiermöglichkeiten sowie Telefon-, Fax- und E-Mail-Anschlüsse zur Verfügung stellen.

## Themenvielfalt: Gesundheit und Pflegeberatung

Vorsitzende der Landessenorenvertretungen trafen sich Anfang November in Berlin

Die derzeit aktuellen Themen Gesundheitsversorgung und Pflegeberatung standen im Mittelpunkt einer Arbeitsberatung mit den Vorsitzenden der Landessenorenvertretungen Anfang November in Berlin. Dazu waren kompetente Referenten aus den Ministerien und Fachinstitutionen eingeladen. Dr. Berringer vom Bundesministerium für Gesundheit ging zunächst auf die Verbesserungen ein, die sich aus dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz vom 1. Juli 2008 ergeben haben. Im Einzelnen sind das:

- eine gesicherte Finanzierung bis 2014
- die Dynamisierung der Leistungen
- bessere Kombinierbarkeit von Sach- und Geldleitungen (beispielsweise über die Tagespflege)
- verbesserte stationäre und ambulante Versorgung von Menschen mit Demenzerkrankungen (auf Bundesebene sind in diesem Bereich der-

zeit rund 14 000 Betreuungskräfte zusätzlich tätig)

- Qualitätssteigerung in der Pflege, ihre Kontrolle und Transparenz

Der durch eine hochkarätige Kommission entwickelte umfassende Pflegebedürftigkeitsbegriff (neue Bezeichnung: Bedarfsgrade) wird auch Auswirkungen auf die Finanzierung



Arbeitsberatung der BAG LSV in Berlin: Vorsitzende Helga Walter und Dr. Berringer vom Bundesministerium für Gesundheit

haben. Derzeit geht man von einem Mehrbedarf von 3,6 Milliarden Euro aus. Mehrere Modellrechnungen liegen dazu vor. Bisher ist noch keine Entscheidung getroffen worden, was sich nicht zuletzt durch den politischen Wechsel an der Spitze des Ministeriums ergibt.

Resümee von Dr. Berringer: „Was allen hilft und niemandem weh tut, gibt es nicht.“

Dr. Michell-Auli, Geschäftsführer des Kuratoriums Deutsche Altershilfe in Köln, berichtete über die Auswertung der Modellphase zur Entwicklung von Pflegestützpunkten, da das KDA vom Bundesministerium mit der wissenschaftlichen Begleitung der Pilotstützpunkte beauftragt wurde. Unter der Internetadresse [www.werkstatt-pflegestuetzpunkte.de](http://www.werkstatt-pflegestuetzpunkte.de) finden sich dazu

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

umfassende Ausführungen, deshalb an dieser Stelle nur kurz das Fazit: Pflegebedürftigkeit ist ein Thema, das bei allen Betroffenen viele Fragen aufwirft. Das Leistungsspektrum der Pflegeversicherung wird immer komplexer, Ansprüche und mögliche Hilfestellungen sind den Betroffenen daher nicht immer transparent. Deshalb hat die Beratung in und zur Lebenslage Pflege an den Orten, wo Pflegestützpunkte eingerichtet wurden, breite Resonanz gefunden. Im Durchschnitt gab es bundesweit monatlich 120 Kontakte in und zu den Beratungsstellen. Davon betrafen 54 Prozent der Fälle Nachfragen im Vorfeld der Pflegebedürftigkeit, das heißt es ging um Bürger, die noch keine Pflegestufe hatten.

Dieses Feld können beispielsweise ambulante Pflegedienste, die hoch spezialisiert auf dem Gebiet der medizinischen Pflege arbeiten, nicht abdecken. Bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten geht es auch darum, vorhandene Strukturen der bisherigen Beratung zu nutzen und dadurch die Kompetenz in der Beratung zu bündeln, etwa beim Entlassungsmanagement der Krankenhäuser. Bei der Frage: Wer berät, wenn es noch keinen Pflegestützpunkt gibt? Hält der § 7a des SGB XI eine Antwort parat: Es besteht schon jetzt ein gesetzlicher Anspruch an die Pflegekasse. Auch die 200 privaten Pflegekassen haben eine eigene Pflegeberatung eingeführt. Darüber berichteten auf der Berliner Zusammenkunft zwei Mitarbeiter von COMPASS Private Pflegeberatung GmbH. ([www.compass-pflegeberatung.de](http://www.compass-pflegeberatung.de))

Für dieses Unternehmen sind rund 200 Pflegeberater in ganz Deutschland aktiv. Sie bieten – sowohl telefonisch als auch bei den Versicherten zu Hause – Informationen, Beratung und Hilfestellung bei Pflegebedürftigkeit sowie in deren Vorfeld. Das Beratungsangebot ist dezentral organisiert und bildet ein Pflegeberatungsnetz, das allen Versicherten, unabhängig von ihrem Wohnort, zur Verfügung steht. Die telefonische Beratung unter der kostenfreien Nummer 0800 1018800 erfolgt anonym, ohne Nachfrage und ohne Nennung der Art der Versicherung, kann also auch von gesetzlich Versicherten genutzt werden. Wünschen wir uns, dass bald auch die gesetzliche Versicherung diesen Stand in der Pflegeberatung erreicht.

Brigitte Paetow

## Strategie in der Altersmedizin gefordert

Gemeinsam mit dem Dachverband der Gerontologischen und Geriatrischen Gesellschaften Deutschlands e.V. (DVGG) fordert die BAGSO eine bundesweite Strategie zur Versorgung der Bevölkerung mit fachärztlicher Kompetenz in der Altersmedizin, damit die geriatrische Versorgung heute und in Zukunft sichergestellt wird. Ohne eine

gezielte Strategie werde sich die Versorgungslage aufgrund der demografischen Veränderung weiter verschlechtern, heißt es. Im Bereich der Altersmedizin variiert die Versorgungsdichte im Bereich der Altersmedizin erheblich zwischen den Bundesländern. Kommen in Baden-Württemberg gut 1000 über 80-Jährige auf einen entspre-

chenden Arzt, so sind es in Niedersachsen weit über 5000. Hinzu kommt: In zehn bis 15 Jahren wird ein großer Teil der in geriatrischen Abteilungen derzeitigen Chefarzte aus Altersgründen aus dem Dienst ausscheiden und damit den bereits heute schon spürbaren Mangel an weitergebildeten Ärzten in der Geriatrie verschärfen. ■

## EhrenamtMessen 2010

### Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Steckt in Ihnen vielleicht eine „Mitmacherin“ oder ein „Mitmacher“? In diesem Fall möchte ich Sie dringend ermuntern, sich keinen Zwang anzutun: Mecklenburg-Vorpommerns Sportvereine, Büchereien, Altenpflege-Einrichtungen und Parteien warten auf Sie! Selbstverständlich kann dies nur eine sehr unvollständige Aufzäh-



lung der Einsatzorte für Ehrenamtler sein. Wenn Sie sich in Ihrer Stadt oder in Ihrer Gemeinde umschaun, finden Sie sicher noch sehr viele andere Türen, die ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern offen stehen. Ehrenamtler leisten wichtige Dienste für die ganze Gesellschaft.

Darf ich Ihnen noch einen Rat mit auf den Weg geben? Zur Einstimmung

und zur Information sind Sie auf den EhrenamtMessen sehr gut aufgehoben. Hier finden Sie ein vielfältiges und buntes Angebot - und die geeigneten Ansprechpartner, um etwas für sich und andere zu bewegen.

*In diesem Sinne: Machen Sie mit!*

*Manneke Schwesig*

Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern

# EhrenamtMessen 2010 in Mecklenburg-Vorpommern

	Messeort	für den/die Landkreis/e	Datum	Projektgruppenleiter/in
1.	Schwerin Schlosspark-Center, Marienplatz 5, 19053 Schwerin	Schwerin / Ludwigslust / Nordwestmecklenburg / Wismar / Parchim	<b>am</b> <b>13.2.2010</b>	<b>Karin Hoffmann</b> DRK-Kreisverband Schwerin Güstrower Str. 4, 19055 Schwerin drk-sn.hoffmann@t-online.de Tel. 0385 555730-16
2.	Stralsund Jakobikirche, Jakobiturmstr.1, 18439 Stralsund	Rügen / Stralsund	<b>am</b> <b>6.3.2010</b>	<b>Jörg Schlanert</b> DRK-Kreisverband Rügen Raddastr. 18, 18528 Bergen j.schlanert@ruegen.drk.de Tel. 03838 8023-17
3.	Demmin Friesenhalle, Schützenstr. 1, 17109 Demmin	Demmin	<b>am</b> <b>13.3.2010</b>	<b>Ruth Steingraf</b> DRK-Kreisverband Demmin Neuer Weg 19, 17109 Demmin soziales@demmin.drk.de Tel. 03998 2717-0
4.	Güstrow Sport- und Kongresshalle Speicherstraße 8, 18273 Güstrow	Güstrow	<b>am</b> <b>7.3.2010</b>	<b>Holger Becker</b> DRK-Kreisverband Güstrow Hagemeisterstr. 5, 18273 Güstrow h.becker@drk-guestrow.de Tel. 03843 6949-0
5.	Waren Berufliche Schule des Landkreises Müritz Warendorfer Straße 14 17192 Waren (Müritz)	Müritz	<b>am</b> <b>7.3.2010</b>	<b>Ronny Möller</b> DRK-Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte, Lessingstr. 70, 17235 Neustrelitz r.moeller@drk-msp.de Tel. 03981 2871-26
6.	Bad Doberan Gymnasium, Alexandrinenplatz 11, 18209 Bad Doberan	Bad Doberan / Rostock	<b>am</b> <b>13.3.2010</b>	<b>Susann Wieland</b> DRK-Kreisverband Bad Doberan Seestr. 12, 18209 Bad Doberan verband@kv-bad-doberan.drk.de Tel. 038203 7501-0
7.	Torgelow Stadthalle, Ukranenstr. 5, 17358 Torgelow	Uecker-Randow	<b>am</b> <b>13.3.2010</b>	<b>Marion Lass</b> DRK-Kreisverband Uecker-Randow Oskar-Picht-Str. 60, 17309 Pasewalk ausb@uecker-randow.drk.de Tel. 03973 43840
8.	Neubrandenburg Rathaus Neubrandenburg, Friedrich-Engels-Ring 53, 17033 Neubrandenburg	Neubrandenburg / Mecklenburg-Strelitz	<b>am</b> <b>14.3.2010</b>	<b>Barbara Beyer</b> DRK-Kreisverband Neubrandenburg Robert-Blum-Str. 33, 17033 Neubrandenburg ersthilfe@neubrandenburg.drk.de Tel. 0395 56039-66
9.	Greifswald Mensa „Am Wall“, Am Schießwall 1-4, 17489 Greifswald	Ostvorpommern	<b>am</b> <b>20.3.2010</b>	<b>Claudia Klotz</b> DRK-Kreisverband Ostvorpommern Ravelinstr. 17, 17389 Anklam kreisverband@drk-ovp.de; servicestelle@drk-ovp.de Tel. 03971 2003-0

# Mit neuem Mut gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Armutsriskiken sind eine gesellschaftliche Realität. Aber eine Realität, die durch politisches Handeln verändert werden kann. Trotz vielfältiger politischer Maßnahmen weist der 3. Armuts- und Reichtumsbericht 2008 auf weiterhin bestehende Ungleichheiten hin. Mit dem Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung (EJ 2010) soll das öffentliche Bewusstsein für diese Risiken gestärkt und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen geschärft werden. Es soll sensibilisieren, Kräfte bündeln und vor allem jene zu Wort kommen lassen, die selbst Armut und Ausgrenzung erfahren. Das EJ 2010 wird gute

Ansätze sozialer Integration bekannt und dadurch öffentlichkeitswirksam auf weiteren Handlungsbedarf aufmerksam machen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat als Nationale Durchführungsstelle die Federführung für die Umsetzung des EJ 2010 in Deutschland. Unter dem Motto „Mit neuem Mut“ stellt die Nationale Strategie für das EJ 2010 drei wesentliche Handlungsfelder in den Mittelpunkt: „Jedes Kind ist wichtig - Entwicklungschancen verbessern!“

„Wo ist der Einstieg? - Mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden!“

„Integration statt Ausgrenzung - Selbstbestimmte Teilhabe für alle

Menschen!“

Um Armutsriskiken zu vermeiden, soziale Integration zu verbessern und nachhaltige Wirkungen über das Jahr 2010 hinaus zu erreichen, müssen alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen zusammenarbeiten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird deshalb alle Akteure, die auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene aktiv im Einsatz gegen Armut und soziale Ausgrenzung sind, bei der Planung und Durchführung des Jahres beteiligen. Ein besonderes Augenmerk im EJ 2010 liegt auf der Teilhabe der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Bürgerinnen und Bürger. ■

## Aus der Geschäftsstelle

### Termine 2010

#### Arbeitsberatungen Vorstand I. Quartal

5. Januar, 2. Februar, 2. März

#### Regionalkonferenzen 2010

##### Region Schwerin

11. März 23. September

##### Region Stralsund

18. März 2. September

##### Region Rostock

25. März 9. September

##### Region Neubrandenburg

31. März 16. September

#### Kooperationstreffen

1. März 6. September

#### Herbsttagung

13. und 14. Oktober

#### Messe „50+-Mitten im Leben“

23. bis 25. April in Schwerin  
mit Tag der Seniorenbeiräte  
24. April

#### Redaktionsschluss „Seniorenkurier“

1/2010 15. Februar

## Pflege ist ein Spannungsfeld

### Staatssekretär Nikolaus Voss: Frauen tragen die Hauptlast

Nikolaus Voss, Staatssekretär im Ministerium für Soziales und Gesundheit, nutzte eine Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, in Neubrandenburg dazu, um auf die Belastungen einzugehen, die Pflegebedürftigkeit auslösen kann. „Das Thema ist angesichts der demografischen Entwicklung hoch aktuell“, sagte er. „Wir alle kennen die Aussagen der Statistiker, die für die nächsten Jahre eine zunehmende Alterung der Bevölkerung prognostizieren. Und wir wissen, dass dieser demografische Wandel unsere Gesellschaft verändern wird.“

Alter bedeute nicht nur Engagement, Lebenskraft und Mobilität, sondern natürlich auch Zunahme an Pflegebedürftigkeit. 2005 lag die Zahl der Pflegebedürftigen bei 2,13 Millionen. Studien belegen, dass diese Zahl bis 2030 auf 3,4 Millionen steigen wird. „Diesen Trend bekommen wir in Mecklenburg-Vorpommern schneller als woanders zu spüren“, sagte der Staatssekretär.

Man wisse also, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger auf ambulante und stationäre Pflege angewiesen sein werden und dass zunehmend Personen fehlen, die diese Pflege übernehmen. „In diesem Spannungsfeld“, so Voss, „müssen wir handeln.“

Grundsätzlich habe unser Bundesland sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht eine gute Infrastruktur aufgebaut. Aktuell gebe es 427 ambulante Pflegedienste, 79 teilmittels (mit 1186 Plätzen) und 235 vollstationäre Pflegeeinrichtungen (mit 17 964 Plätzen). „Vergleicht man dies mit dem Stand von vor zwei Jahren, so ist deutlich der Trend zu mehr professioneller Pflege unübersehbar – die Zahlen sind in allen Bereichen gestiegen.“

Klar sei aber auch, betonte Voss, dass Frauen die Hauptlast trügen – vor allem bei der häuslichen Pflege. „Deshalb müssen wir Pflege so organisieren, dass man Angehörige pflegen und gleichzeitig einen Beruf ausüben kann.“ ■

## Informationen der BAGSO:

## Neue Vorsitzende ist Ursula Lehr

Auf sie geht der erste Altenbericht der Bundesregierung zurück

Die erste und renommierteste Altersforscherin in Deutschland, Bundesministerin a. D. Prof. Dr. Ursula Lehr, ist von der Mitgliederversammlung in Bonn zur neuen Vorsitzenden der BAGSO gewählt worden. Sie tritt



die Nachfolge von Walter Link an, dem ehemaligen Bundes- und niedersächsischen Landtagsabgeordneten, der nicht erneut kandidierte. Walter Link hatte seit 2006 die BAGSO geführt und den gerechten Ausgleich zwischen den Generationen durch den intensiven Dialog mit Jugendverbänden erfolgreich vorangebracht.

Die neue Vorsitzende sagte: „Als mich Bundeskanzler Helmut Kohl 1988 in sein Kabinett berufen hatte, war Seniorenpolitik lediglich Renten- und Pflegepolitik. Für mich ging es von Anfang an um ein realistisches Altersbild. Dazu gehören auch die Kompetenzen und Potenziale älterer Menschen.“ Die neue Aufgabe übernehme sie gern, betonte Ursula Lehr, weil es wichtig sei, dass sich die Älteren einmischen. „Die BAGSO macht Politik für Senioren, mit Seniorinnen und Senioren. Das ist das Entscheidende, denn das Erfahrungswissen der Älteren wird immer noch viel zu wenig genutzt. Deswegen betrachte ich es als Herausforderung, meine langjährige Erfahrung als Wissenschaftlerin und Politikerin – kurz gesagt: als ‚Die Alte im neuen Amt‘ – jetzt mit dem Rückhalt von dreizehn Millionen Mitgliedern einzubringen.“ In ihrer Zeit als Bundesministerin (1988-1991) gab Ursula Lehr den ersten Altenbericht der Bundesregierung in Auftrag. Die darin ermittelten Daten bildeten die Grundlage für den ersten Bundesaltenplan.



Ursula Lehr

Ihr ist es auch zu verdanken, dass es heute ein Bundesseniorenministerium gibt. Neben Ursula Lehr wählte die Mitgliederversammlung der BAGSO Karl Michael Griffig (Kolpingwerk) und Helga Walter (Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen) als stellvertretende Vorsitzende sowie als Beisitzerinnen und Beisitzer: Ruth Brand (AG SPD 60 plus), Dr. med. Rudolf Gottlieb Fitzner (Hartmannbund), Dr. Erika Neubauer (Evangelisches Seniorenwerk) sowie Dieter Seipp (Senior Experten Service). ■

## Offener Brief an die Bundestagsfraktionen

Walter Link, der bisherige Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), hat einen Offenen Brief an die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag gerichtet, in dem er feststellt: Der seit Jahren anhaltende Wertverlust der gesetzlichen Rente werde gern mit dem Schlagwort „Generationengerechtigkeit begründet.“ Die nachfolgenden Generationen haben aber nichts davon, wenn sie selbst im Alter arm sind, denn sie würde die Aushöhung der gesetzlichen Rentenversicherung am härtesten treffen.“ Die begonnene 17. Legislaturperiode des

Deutschen Bundestages müsse deshalb dazu genutzt werden, Verlässlichkeit und Transparenz und damit Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung wiederherzustellen. In ihrer Leipziger Erklärung haben sich die in der BAGSO zusammengeschlossenen 101 Seniorenverbände, die rund 13 Millionen Mitglieder in der Altersgruppe 50plus repräsentieren, zur Verantwortung der Älteren für nachfolgende Generationen bekannt: „Alle politischen, wirtschaftlichen und individuellen Entscheidungen sind darauf zu überprüfen, ob sie geeignet sind, die aktuellen

Lebensbedingungen zu verbessern, ohne die Zukunftschancen künftiger Generationen zu verschlechtern.“ Was Generationengerechtigkeit wirklich bedeute – in den Sozialsystemen ebenso wie bei der Bildung oder beim Klimaschutz –, müsse „dringend unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aller Altersgruppen definiert werden.“ Die BAGSO und ihre Mitgliedsorganisationen, so Link, haben sich beim 9. Deutschen Seniorentag 2009 intensiv mit diesen Fragen befasst und stünden für einen Dialog zur Verfügung. ■

Gesundheitsministerin Schwesig:

## Solidarprinzip muss erhalten bleiben!

„Die Berliner Koalition will den Wettbewerb um die Höhe der Krankenkassenbeiträge anheizen, der bereits der Vergangenheit angehörte. Das muss verhindert werden“, fordert Manuela Schwesig, Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern. Das Solidarprinzip in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung stehe auf dem Spiel, warnte die Ministerin. Wenn tatsächlich der Arbeitgeberbeitrag eingefroren werden sollte und Beitragssteigerungen allein von den Versicherten getragen werden müssten, treffe das vor allem einkommensschwache Menschen. „In unserem Bundesland sind

die Einkommen nicht so hoch. Und ein Schlosser aus Stralsund, der vielleicht 200 Euro weniger verdient als ein Schlosser aus Iserlohn und dann auch noch mehr Krankenkassenbeitrag zahlen muss als sein Kollege aus Nordrhein-Westfalen, wird sich ungerecht behandelt fühlen und das zu Recht“, sagt Schwesig.

Wichtig sei ein Wettbewerb um die beste Qualität. „Das macht aber nur Sinn, wenn zum Beispiel Krankenhäuser für die gleiche Leistung auch das gleiche Geld erhalten“, betont Schwesig. Niemandem sei zu vermitteln, dass eine Klinik in Bayern für eine Blinddarm-Operation mehr Geld

bekommt als eine Klinik in Mecklenburg-Vorpommern. Ein bundeseinheitlicher Basisfallwert würde außerdem zu einer besseren und vor allem gerechteren Bezahlung der Beschäftigten im Gesundheitswesen führen. Die Gesundheitsministerin will sich weiterhin für eine wohnortnahe Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern stark machen. Dazu gehöre eine enge Vernetzung von ambulanter und stationärer Versorgung. „Auch hier deutet sich an, dass uns die Bundesregierung Steine in den Weg legen will“, so Schwesig deutlich. Mit weniger Bürokratie und einer flexibleren Planung wolle man gegensteuern. ■

## Was ändert sich in der Gesundheitspolitik 2010?

Rostocks BARMER-Chef Norbert Lüdde antwortete in einem Interview der „Ostsee-Zeitung“

„2010 ändert sich an der Finanzierung für die Versicherten gar nichts.“ Das betonte der Rostocker Chef der Barmer Ersatzkasse, Norbert Lüdde, in einem Interview mit der *Ostsee-Zeitung*. Am 1. Januar vereinigt sich die BARMER mit der GEK, der Gmündner Ersatzkasse, zu einem starken Partner. Es gebe weiterhin, so Lüdde, soziale Beiträge von Lohn, Gehalt oder Rente. „Die Frage ist aber, wie die Finanzierungslücke von knapp acht Milliarden Euro für die Krankenversicherung im Jahr 2010 gefüllt wird. Die neue Regierung hat wegen der Wirtschaftskrise auch einen Schutzschirm für die Krankenversicherung geplant. Das ist gut so. Gerade in der Wirtschaftskrise muss die Regierung den Konsum stützen. Eine Belastung der Versicherten durch die Krankenversicherung muss man da vermeiden. Es ist aber offen, wie hoch die zusätzlichen Steuermittel für 2010 ausfallen.“ Sollen Beiträge und Steuerzuschuss

im nächsten Jahr nicht ausreichen, dann, so Lüdde, „können die Krankenkassen allein bei ihren Versicherten Zusatzbeiträge erheben. Die Arbeitgeber sind daran nicht mehr beteiligt. Das kritisieren wir. Die BARMER-Versicherten profitieren aber davon, dass wir gut gewirtschaftet haben. Wir werden daher in das neue Jahr ohne Zusatzbeiträge starten. Derzeit machen wir uns bei der neuen Regierung dafür stark, dass bestehende Belastungen gerecht auf alle Schultern verteilt werden.“

Wie es ab 2011 weitergeht, darüber streitet die Koalition und will eine Kommission einsetzen. Die bisherige Lastenverteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist zwar nicht mehr ganz paritätisch. Durch die Beteiligung der Arbeitgeber wird aber für eine halbwegs gerechte Lastenverteilung in den Sozialsystemen gesorgt. Das ist auch ein Beitrag zum sozialen Frieden. Ich bin der Auffassung, dass künftige Kosten-

steigerungen durch eine älter werdende Gesellschaft sowie den medizinischen Fortschritt nicht einseitig von den Versicherten getragen werden sollten.“

Zum Thema Gesundheitsfonds meinte der Krankenkassenchef: „Es ist gut und richtig, dass der Gesundheitsfonds weiterhin bestehen bleibt.“ Jetzt gehe es um eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche medizinische Versorgung und nicht um Beitragsdumping zwischen den Kassen. Die solidarische Finanzierung müsse allerdings stabiler gestaltet werden, dann könne man sich die „System-Revolution“ sparen.

„Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Meine Hauptsorge: Das Krankheitsrisiko wird mit einem Prämienmodell privatisiert. Wer sich die Kopfpauschale nicht leisten kann, muss den Staat um Hilfe bitten. Das kann meiner Meinung nach nicht im Sinne der Versicherten sein.“ ■

Einladung in das Staatliche Museum Schwerin:

## Diesmal niederländische Zeichnungen

Im vorigen *Seniorenkurier* lud Heidemarie Otto, die Leiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Staatlichen Museum Schwerin, die Seniorinnen und Senioren zur Ausstellung „Garten“ ein, die anlässlich der BUGA zusammengestellt wurde. Heute möchte sie auf die niederländischen Zeichnungen aus der Sammlung Christoph Müller aus dem Kupferstichkabinett Berlin aufmerksam machen, die unter dem Motto „Erfundene Wirklichkeit“ bis zum 7. März zu

sehen ist, kuratiert von Dr. Kornelia Röder und Dr. Gero Seelig. Heidemarie Otto schreibt: Die Sammlung holländischer und flämischer Kunst des Wahlberliners Christoph Müller ist die größte ihrer Art in Deutschland. Seit Jahren ist der ehemalige Verleger des in Tübingen erscheinenden *Schwäbischen Tagblatts* dem Staatlichen Museum Schwerin in besonderer Weise verbunden. Die gegenwärtige Ausstellung mit 120 Werken gibt einen Einblick in das 17. und 18. Jahrhun-

dert, als die Zeichenkunst Leistungen in einer Breite hervorbrachte, die noch heute fasziniert. Christoph Müller schenkte 2007 dem Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin 240 niederländische Zeichnungen und 130 graphische Einzelblätter und Graphikserien. Aus dieser Schenkung wurden über 100 Zeichnungen für die Schweriner Ausstellung ausgewählt, ergänzt durch neu erworbene Blätter des Sammlers. ■

Blick zum Nachbarn – Schleswig-Holstein

## Generationen unter einem Dach

Digitale Gauner locken immer wieder mit vermeintlichen Glücksspielangeboten oder Beratungsdiensten und haben doch nur Abzocke besonders der älteren Menschen im Sinn. Und auch am Geldautomaten lauere der Datenklau. Auf diesen Missstand machte das 21. Altenparlament in Schleswig-Holstein aufmerksam, das Anfang November im Plenarsaal des Landeshauses am Düsternbrooker Weg in Kiel stattfand. Es forderte hier politische Konsequenzen. Das Präsidium des Altenparlaments, das seit 1989 besteht, wurde diesmal von der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Antje-Marie Steen aus Grömitz geleitet. Ihr assistierten Lydia Drenckhahn-Dempewolf aus Großhansdorf (DGB)

und Wilhelm Witt aus Ellerhoop (Sozialverband Deutschland). Die Parlamentszeitung *Der Landtag Schleswig-Holstein* berichtete:

Die Banken sollten dazu verpflichtet werden, ihre Geldautomaten regelmäßig auf Manipulationen zu überprüfen. Das forderten die 70 Delegierten aus Sozialverbänden, Seniorenräten, Parteien und Gewerkschaften, die einen Tag lang zusammengekommen waren, um ihre gemeinsamen Positionen gegenüber Landtag und Landesregierung zu formulieren. Unterstützung dabei erhielten sie vom Landesdatenschutzbeauftragten Thilo Weichert. Außerdem standen sozialpolitische Fragen im Mittelpunkt. An die Landespolitik appellierten die Senioren,

Wohnprojekte zu fördern, die das Zusammenleben verschiedener Generationen unter einem Dach ermöglichen. Mehr Pflegefachpersonal solle für demenzkranke Menschen ausgebildet werden. Ferner forderten die Delegierten, dass telefonische Auskünfte zu Produkten und Angeboten von Firmen kostenlos gegeben und die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel vermindert bzw. ganz gestrichen werden müssten. Der Forderungskatalog geht nun an die Fraktionen, die Ministerien sowie die schleswig-holsteinischen Bundestags- und Europaabgeordneten. Deren Stellungnahmen sollen Grundlage einer abschließenden Diskussionsrunde sein, die voraussichtlich im Frühjahr 2010 stattfindet. ric

Blick zum Nachbarn – Brandenburg

## Erfahrungen der Senioren sind unverzichtbar

In unserem südlichen Nachbarland fand zum 16. Mal die Brandenburgische Seniorenwoche statt. Sie stand diesmal unter dem Motto „Sozial gesichert – aktiv leben, für alle Gene-

rationen“. Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister machten als Schirmherren deutlich, dass auf die gesellschaftliche Mitarbeit der Seniorinnen und Senioren nicht verzichtet

werden kann und darf. In 15 Kreisen wurden fast 300 ehrenamtlich Tätige ausgezeichnet. Das Mitteilungsblatt

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

des Seniorenrats des Landes Brandenburg e.V. *Wissen & Erfahrung* trug die Aktivitäten der einzelnen Städte und Landkreise in einer Übersicht zusammen.

Feierlich eröffnet wurde die Seniorenwoche vor 400 Gästen in der Pfarrkirche St. Marien in Neuruppin im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Ministerpräsident Matthias Platzeck, Schirmherr der landesweiten Veranstaltung, betonte, die Gesellschaft sei gut beraten, auf die Erfahrungen der Senioren zurückzugreifen. So könnten Jugendliche bei der Berufswahl von den Ratschlägen der Älteren profitieren. „Es muss uns gelingen, unsere Jugend im Land zu halten. Ich baue da auf aktive Seniorinnen und Senioren

im ‚Familienrat.‘“ Deutlich wird, dass Brandenburg mit den gleichen Problemen wie Mecklenburg-Vorpommern zu tun hat.

Die Landesregierung, so Platzeck, vertrete die Interessen der Senioren „weiterhin mit Nachdruck“. Ein Hauptaugenmerk liege dabei auf der Sicherung der medizinischen Versorgung auf dem Lande. Ein weiteres Thema sei „Altern in Würde“. Die Landesregierung mache sich für eine hochwertige Versorgung in Pflegeeinrichtungen sowie in diesem Zusammenhang für gut qualifiziertes und zahlenmäßig ausreichendes Pflegepersonal stark. „In der Gesellschaft ist eine Kultur des Hinsehens und nicht des Wegsehens notwendig!“

Sieglinde Heppener, Vorsitzende des Seniorenrats des Landes Branden-

burg, forderte, die Politik müsse sich für Rentengerechtigkeit in Ost und West und für den Schutz vor Altersarmut einsetzen. „Wir wollen uns außerdem in politische Entscheidungen einbringen. Wir wollen mitreden und gehört werden, wenn über Dinge, die unser Leben betreffen, entschieden wird. Aber richtig gut geht es uns nur, wenn es auch unseren Kindern und Enkeln gut geht.“

Die engen und freundschaftlichen Kontakte von Seniorinnen und Senioren beiderseits der Oder spiegeln sich in der Anwesenheit der polnischen Gäste aus Slubice und Sprottawa wider. Unter ihnen war die Vorsitzende des Polski Związek Emerytów, Rencistów i Inwalidów, Leokadia Kuczynska.

ric

### Blick in das Bundesland Bremen

## Entwurf für ein neues Heimgesetz in der Diskussion

Die Landesseniorenvertretung Bremen begrüßt die Überarbeitung des seit 1974 bestehenden Landesheimgesetzes. Verschiedene gemeinnützige und gewerbliche Heimträger bieten im dortigen Bundesland, zu dem auch Bremerhaven gehört, derzeit 193 Heime an, in denen Menschen mit altersbedingten Einschränkungen, mit Behinderungen und Pflegebedarf oder den Folgen einer psychischen Erkrankung betreut werden. *Durchblick*, der Nachrichtendienst der Senioren-Vertretung in der Stadtgemeinde Bremen und des Seniorenbeirats der Seestadt Bremerhaven, kommentiert: „Ein wesentliches Problem besteht darin, dass Heimbewohnerinnen und -bewohner auf einem schwer überschaubaren Markt Leistungen beanspruchen, die oft sehr fundamental ihre Lebensbedingungen gestalten.“

Das bisherige Heimgesetz habe sich, trotz aller Ausnahmen, mit seinen grundsätzlichen Ansprüchen be-

währt. Inzwischen seien aber nicht nur die Erwartungen an eine höhere Qualität des Wohnens und Betreuens, sondern auch an eine größere Vielfalt und Differenziertheit der Angebote gestiegen. Heute gehe es um individuellere Lösungen als nur um die Alternative zwischen der ambulanten Betreuung in der eigenen Wohnung und der stationären Betreuung und Pflege im Heim. Die Landesseniorenvertretung Bremen hat sich bemüht, in den Entwurfsprozess ihre Erfahrungen und die Interessen der hantestädtischen Seniorinnen und Senioren einzubringen.

Um die Grauzonen, in denen sich Begriffe wie „Betreutes Wohnen“ oder „Serviceleistungen“ bewegen, zu beseitigen, sollen künftig nicht nur die Pflegeangebote, sondern auch die Angebote von Einrichtungen für selbstbestimmtes Wohnen und Leben mit gewissen Serviceleistungen bei der Heimaufsicht angemeldet und konkret vertraglich abgesichert

werden. Die Angebote sollen genau aufgelistet sein und einer amtlichen Kontrolle unterstehen. Der Schutz für die Bewohner aller Einrichtungen, sowohl der Wohn- als auch der Pflegeheime, muss gewährleistet sein. Für Senioren-Wohnheime, die sich mit dem Attribut „Serviceleistung“ oder „Betreutes Wohnen“ schmücken, sind Standards für Grundleistungen zu entwerfen, zu denen u.a. stärkere Mitbestimmung der Bewohner gehören. Auch die Rechte der Bewohner von Wohngemeinschaften, die ambulante Dienste in Anspruch nehmen, müssen gegenüber den Dienstleistern gesichert werden.

Der Gesetzesentwurf, so der Nachrichtendienst, „wird noch Gegenstand vieler Diskussionen werden, bevor dann die endgültige Nachfolgeregelung beschlossen und in Kraft treten wird. Abzuwarten bleibt auch, was in der Durchführungsverordnung steht.“

ric

# HANSESTADT GREIFSWALD

## Treffen mit Landtagsabgeordneten

Zu einem Gedankenaustausch mit den Greifswalder Landtagsabgeordneten Egbert Liskow (CDU) und Sebastian Ratjen (FDP) trafen sich vor kurzem die Vorstandsmitglieder des Seniorenbeirats der Hanse- und Universitätsstadt. Das Spektrum der Fragen reichte vom Stand der Kreisgebietsreform über die Einrichtung von Pflegestützpunkten bis zum Entwurf eines Geriatriekonzepts des Landes.

Die Seniorenvertreter baten die Landtagsabgeordneten, sich dafür einzusetzen, dass der lange angekündigte Gesetzentwurf für ein Seniorenmitwirkungsgesetz, für das sich auf dem 6. Altenparlament alle Fraktionen der demokratischen Parteien ausgesprochen hatten, endlich der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt wird. „Nur so können die demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten ehren-

amtlich tätiger Senioren abgesichert werden“, sagte Vorstandsmitglied Harald Sieting und stellte fest: „Was in Greifswald durch die Aufnahme des Seniorenbeirats in die Hauptsatzung in der Zusammenarbeit mit Bürgerschaft, Stadtverwaltung und städtischen Gremien bereits erreicht wurde, muss doch auch im Land möglich sein.“

*Dr. Berndt Frisch*

## Neue Belastung für die sozial schwachen Einwohner

Der Vorschlag der Stadtverwaltung, die Grundsteuer zu erhöhen, dürfe nicht weiter verfolgt werden. Das hat der Vorstand des Seniorenbeirats der Hansestadt in einem Schreiben

an den Finanzausschuss der Bürgerschaft gefordert.

„Dieser Vorschlag führt zu einer Belastung aller Bürger der Stadt, auch der sozial schwachen, zu denen eine Viel-

zahl von Senioren gehört, auf die in letzter Zeit sehr viele finanzielle Belastungen zugekommen sind“, heißt es zur Begründung. ■

## Pflegesektor: Erfreuliches und Besorgniserregendes

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt in Greifswald nicht an. Das geht aus dem Pflegebericht 2008 hervor, den Cornelia Bernsdorf, Sozialplanerin im Amt für Jugend, Familie und Soziales, im Seniorenbeirat vorstellte. „Zu den Gründen können wir nur Mutmaßungen anstellen“, sagte sie, meinte aber, in der aktiven sportlichen Betätigung der Senioren einen Grund zu sehen. „Auch das Leben im Betreuten Wohnen trägt dazu bei“, erklärte Margitta Pridöhl (FDP), Mitglied im Gesundheits- und Sozial-

ausschuss der Bürgerschaft, und Leiterin der Seniorenwohnresidenz der Medigreifgruppe. Viele Bewohner, die mit einer Pflegestufe I in die Einrichtung gekommen seien, leben heute ohne Pflegestufe. Für Dr. Regina Kötzschke, stellvertretende Vorsitzende der Seniorenakademie, ist klar, dass auch die Unterstützung für Vereinsmitglieder in Seniorenvereinen dazu beitrage, Pflegebedürftigkeit abzuwenden. Dem zustimmend appellierte der Beirat an Margitta Pridöhl, sich im Gesundheits-

und Sozialausschuss dafür stark zu machen, dass mögliche Streichungen an finanziellen Zuschüssen im sozialen Sektor nur differenziert erfolgen.

Als besorgniserregend dagegen wertete der Beirat die Information, dass die Zuschüsse für Pflegeheimbewohner durch das Amt für Jugend, Familie und Soziales für Bewohner in Pflegeheimen im Steigen begriffen sind, da jene – trotz Pflegestufe – die Heimkosten nicht mehr allein tragen können.

*Dr. Berndt Frisch*

## Ehrenamtliche Helfer sind willkommen

Ingrid Kaminski, Mitglied des Heimbeirats im Kursana-Domizil „Haus Hufeland“, ist des Lobes voll über die Pflegekräfte der Seniorenwohneinrichtung. Während eines Treffens der Heimbeiräte mit dem Vorstand des städtischen Seniorenbeirats anlässlich des „Tages der offenen Tür“ sagte sie: „Ich kann nur mit Hochachtung vom Personal sprechen. Die Pflegekräfte sichern rundum eine gute Be-

treuung. Es wird alles Mögliche getan, damit wir uns wohl fühlen.“

Doch es gab auch Wünsche. So wäre es schön, wenn sich mehr Ehrenamtliche aus der Greifswalder Bevölkerung bei der sozialen Betreuung der Heimbewohner engagieren würden. Es gäbe genügend Möglichkeiten. Ingrid Kaminski verwies auf die tägliche Beschäftigung, die Hilfe beim Einkaufen oder die Begleitung bei Spazier-

gängen, vor allem für Rollstuhlfahrer. „Das alles würde zu unserem Wohlbefinden beitragen“ meinte Heimbeiratsmitglied Christel Köhler.

Der Heimbeirat, aber auch Heimdirektorin Karin Böer wären froh, wenn der Seniorenbeirat die Gewinnung von Ehrenamtlichen für die Einrichtung zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit machen würde.

*bf*

## Beirat besuchte die Noch-Baustelle der Stadthalle

Letztmalig vor der offiziellen Eröffnung der Greifswalder Stadthalle gab es auf der Noch-Baustelle eine öffentliche Führung. Architektin Kati Tokar von der Projektgesellschaft Stadt Greifswald (PGS) machte die Mitglieder des städtischen Seniorenbeirats mit dem Stand der Sanierung vertraut. Diese freuten sich über die baldige Eröffnung; ihr Grundtenor lautete: „Mehrfach war die Sanierung der Stadthalle ein Wahlversprechen, jetzt wird es endlich wahr.“

Begrüßt wurde, dass die Interessen behinderter Bürger berücksichtigt wurden. Neben Fahrstühlen gibt es auch Hörschleifen für hörgeschädigte Menschen – ein Anliegen, dass der Beirat frühzeitig an PGS-Geschäftsführer Klaus-Peter Adomeit herangetragen hatte.

Nachdrücklich wurde auf die wechselvolle Geschichte der Stadthalle auf-



Mitglieder des städtischen Beirats besichtigen die Stadthalle, Bildmitte: Kati Tokar

merksam gemacht, so von Dr. Ernst-Joachim Krüger (Seniorengruppe der Linken). „Anlässlich des so genannten Franzosentages 1924 konnte beim Auftreten eines französischen Pazifisten eine Saalschlacht verhindert werden. Solche Auseinandersetzungen gab es dann aber vor der Machtergreifung

der Nazis doch“, sagte der Historiker, der auch daran erinnerte, dass während des 2. Weltkrieges hier Wehrmachtsausstellungen stattfanden. Hinsichtlich der Diskussion um den Namen „Kaisersaal“ verdeutlichten die meisten Senioren, dass sie damit durchaus leben könnten. *bf*

## LANDKREIS NORDVORPOMMERN

### Neues Zuhause nicht nur für Ältere

Mit fast 180 000 Euro fördert das Ministerium für Soziales und Gesundheit den Umbau einer Kindertagesstätte zu einer Gemeinschaftseinrichtung für ältere Menschen mitten in der Kreisstadt Grimmen. „Durch den zentralen Standort geben wir Senioren die Chance, ihren Lebensabend aktiv zu gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“, freut sich Ministerin Manu-

ela Schwesig. „Mit Hilfe derartiger Projekte können wir ihren Wunsch besser erfüllen, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung zu bleiben.“

In dem von der Volkssolidarität Grimmen/Stralsund geplanten Projekt sollen am Innenring von Grimmen nicht nur Ältere ein neues Zuhause bekommen. Auch Besucher allen Alters aus der Nachbarschaft können zu Ver-

sammlungen, Vorträgen, Seniorentanz und -sport, Mittagstisch, Kaffeetreff und weiteren Angeboten ins Haus kommen. Die Gemeinschaftseinrichtung der Altenhilfe mit etwa 60 Plätzen ist Teil eines modernen Pflege- und Beratungszentrums, in dem auch eine Tagespflege-Einrichtung mit 15 Plätzen sowie 20 betreute Seniorenwohnungen entstehen. ■

## HANSESTADT ROSTOCK

### Erschienen sind schon 17 Bände

In seiner Monatsinfo wendet sich der Vorstand des Rostocker Vereins „Jahresringe“ an seine Mitglieder und Freunde mit der Bitte, dafür zu sorgen, dass alle bisher gedruckten Jahrbücher eine möglichst große Verbreitung fin-

den. Seit 1992 sind 17 solcher „Rostocker Jahresringe“ herausgegeben worden. Sie widerspiegeln facettenreiche und anerkanntswerte Seniorenarbeit in der Hansestadt und wecken die Erinnerung an schöne gemeinsame Stun-

den. Eines der Exemplare ist durch den Plattdöütsch Krink auch dem ehemaligen „Landesvater“ Dr. Harald Ringstorff übergeben worden. Der Preis für jeden Band liegt bei 5 Euro. Er kann unter Telefon (0381) 8004833 bestellt werden. ■

# Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark Am Tierpark



**Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 40  
17033 Neubrandenburg  
Telefon (0395) 563 98 - 0

**Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**  
Am Tierpark 6  
17373 Ueckermünde  
Telefon (039771) 201 – 0

[www.vitanas.de](http://www.vitanas.de)

oder unter unserer gebührenfreien  
Servicenummer:

**(0800) 848 26 27**

## **Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**

Seit August 2007: Das Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark liegt unweit des idyllischen Tollensesees im Stadtteil „Südstadt“ mit unmittelbarem Zugang durch das Stargarder Tor zur historischen Innenstadt. Insgesamt verfügt es über 125 Plätze, davon 93 in attraktiven Einzelzimmern.

## **Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**

Im Wohngebiet Ueckermünde West, umgeben von einer schönen Gartenanlage mit Teich und einem Pavillon, befindet sich das Senioren Centrum Am Tierpark. Die Einrichtung verfügt über 217 Pflegeplätze, die in großzügigen Einzel- und Doppelzimmern einen angenehmen Wohnkomfort bieten.

- Versorgung aller Pflegestufen und rüstiger Bewohner
- Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Probewohnen
- Spezieller beschützender Wohnbereich für Bewohner mit Demenz
- Alle Zimmer mit eigenem Duschbad
- Haustiere sind herzlich willkommen
- Private Möbel erwünscht
- Vielfältige Therapie-, Tätigkeits- und Freizeitangebote am Vor- und Nachmittag, teilweise auch abends

■ **Vitanas.**  
Pflege und Betreuung  
mit Qualität und Herz

# NEUBRANDENBURG

## Wichtige Erweiterung der Hauptsatzung

Auf der Grundlage des Paragraphen 5 Absatz 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern beschloss die Neubrandenburger Stadtvertretung eine vierte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung. Danach wurde als neuer Absatz

in den Paragraph 8 eingefügt: „In Neubrandenburg arbeitet ein Seniorenbeirat auf der Grundlage einer durch die Stadtvertretung beschlossenen Satzung. Das Anliegen des Seniorenbeirats besteht darin, die Interessen und Belange der äl-

teren Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrzunehmen. Er unterstützt den Oberbürgermeister und die Stadtvertretung bei der politischen Entscheidungsfindung. Der Seniorenbeirat informiert den Sozialausschuss einmal im Jahr über seine Arbeit.“ ■

## Was uns Seniorentage und Altenparlament brachten

In einem Rückblick auf das Jahr 2009 nimmt – mit Schwerpunkt Seniorentage in Schwerin, 9. Seniorentag in Leipzig und 6. Altenparlament in der Landeshauptstadt – Günter Schult aus Neubrandenburg, ehemals langjähriges Mitglied des Landesseniorenbeirats, eine persönliche Wertung dieser Treffen vor. Er betont, dass an sämtlichen dieser markanten Ereignisse auch Seniorentainerinnen und -trainer der Vier-Tore-Stadt ihren Anteil gehabt hätten. Zu den in Schwerin ausgezeichneten 18 Senioren aus den Landkreisen und kreisfreien Städten gehörte auch Gerhard Nimmer vom Neubrandenburger Seniorenbeirat.

Auf dem 9. Seniorentag in Leipzig hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel gesagt: „Wir leben in spannenden Zeiten, denen wir uns guten Mutes stellen. Deutschland wird am schnellsten von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sein. Ich bin zuversichtlich, dass wir anderen Ländern ein gutes Beispiel geben und zeigen, dass die vermeintliche Gefahr eine Bereicherung für die Gesellschaft sein kann.“

Diesem Anspruch – so Schult – sei der 9. Seniorentag gerecht geworden. „Ich habe diese seit Dresden als Mitglied im Landesseniorenbeirat verfolgt und stelle fest, dass wir in der Darstellung unserer Ansprüche und Leistungen immer besser der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht werden. Aus dem Programm mit seinen Workshops und Foren möchte ich das Forum A hervorheben – „Älter mit Engagement leben“ und darin

„Aktiv im Alter“, zeigt sich doch bei diesem Projekt, dass die Prozesse und Aktivitäten ohne große Geldmittel realisiert werden. Das ist bemerkenswert.“ Prof. Dr. Thomas Klie aus Freiburg führte dazu aus, dass es für das Projekt „Aktiv im Alter“ 500 Bewerbungen gegeben hätte, die bemerkenswerte Ergebnisse gezeigt hätten. In Mecklenburg-Vorpommern seien 17 bestätigt worden, darunter auch aus Neubrandenburg.

In der „Leipziger Erklärung“ zum Abschluss des 9. Seniorentages heißt es: „Verantwortung für sich selbst und füreinander müssen zur Maxime werden...Die Älteren stehen für ein solches Bündnis der Generationen bereit und fordern andere Generationen sowie alle relevanten gesellschaftlichen Akteure auf, sich daran zu beteiligen.“

Diese Grundgedanken beherrschten auch das 6. Altenparlament, zu dem sich viele Seniorentainerinnen und -trainer wiedertrafen. Drei Komplexe in drei Arbeitskreisen standen auf der Tagesordnung (siehe vorigen *Seniorenkurier*). Günter Schult: „Bemerkenswert war für mich: Staatssekretär Nikolaus Voss sagte im Auftrag der Sozialministerin Manuela Schwesig: ‚Wir wollen und müssen den demografischen Wandel begleiten und gestalten. Wir heißt in diesem Fall auch: das Altenparlament. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass Ältere und Alte am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, und ich freue mich sehr, dass das Altenparlament in der Vergangenheit wertvolle Anregungen geliefert hat.

Ich erinnere hier nur an Ihre Forderung (*und das ist ständig auch meine Forderung gewesen. G.S.*) nach einem Seniorenmitwirkungsgesetz. Diese Forderung habe ich aufgegriffen und unter Mitwirkung des Landesseniorenbeirats einen Gesetzentwurf erarbeitet, der auf dem Weg ins Kabinett ist.“

Die Beiträge der anwesenden in Sozialfragen führenden Vertreter der Fraktionen machten deutlich, dass auch der Landtag hinter einem solchen Gesetzentwurf steht, so dass also mit der Verabschiedung noch in diesem Jahr gerechnet werden kann. Seit Gründung der Seniorenbeiräte im Land und in deren Folge auch des Landesseniorenbeirats 1994 fordern wir gemeinsam mit den Vereinen und Verbänden eine derartige staatlich legitimierte Grundlage für die ehrenamtliche Arbeit und deren rechtliche Anerkennung. Wir folgen damit den Anforderungen der Entwicklung der Gesellschaft:

- demografische Entwicklung
- Rechte und Pflichten der Senioren und ihrer Vereinigungen
- ideelle und materielle Grundlagen für das Ehrenamt
- Gestaltung des Lebensumfelds
- Leben in Würde bis ans Ende.

Das Altenparlament beschloss ohne Gegenstimmen die diskutierten Leitansätze und die Resolution. Wir Teilnehmer führen zurück in unsere Kommunen mit dem gesellschaftlichen Auftrag, ehrenamtlich für ein auf Gemeinwohl orientiertes Bündnis der Generationen tätig zu sein. ■

# LANDKREIS BAD DOBERAN

## Kreissenorenbeirat wurde neu gewählt

Satzungsgemäß beträgt die Legislaturperiode des Seniorenbeirats des Landkreises Bad Doberan zwei Jahre. Deshalb war 2009 wieder neu zu wählen. Von den bisher 19 Mitgliedern schieden vier auf eigenen Wunsch aus, dafür gab es ebensoviele Neunominierungen.

Kreistagspräsident Fred Ibold sprach seine Anerkennung für die bisher vom Seniorenbeirat geleistete Arbeit aus. Die dem Kreistag vorgeschlagenen neuen Kandidaten stellten sich den Mitgliedern des Kreistages auf dessen Sitzung am 25. November vor. Sie wurden mit allen Stimmen der Fraktionen der demokratischen Parteien bestätigt. Vom Präsidenten des Kreistages erhielten alle druckfrisch die Dokumentation „Friedliche Revolution und demokratischer Übergang in den Kreisen Bad Doberan und Rostock-Land“.



*Mitglieder des neugewählten Seniorenbeirats*

In der anschließenden konstituierenden Sitzung wurde der Vorstand neu gewählt:

Brigitte Paetow, Neubukow (Vorsitzende), Ingrid Rambow, Ostseebad Rerik, und Manfred Hancke, Graal-Müritz (stellvertretende Vorsitzende), Wolf

Dieter Augustin, Tessin, Marianne Böckenhauer, Bad Doberan, und Martin Langer, Kühlungsborn (Beisitzer).

Die vollständige Liste aller Mitglieder ist auf der Internetseite des Landkreises unter [www.lk-dbr.de](http://www.lk-dbr.de) zu finden. ■

## Kommunale Themen kamen in Graal-Müritz zur Sprache

In der zweiten und dritten diesjährigen Sitzung erörterte der Seniorenbeirat der Gemeinde Graal-Müritz unterschiedliche Themen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Pflegeheimen informierte Herr Boos als Geschäftsführer der „Strandperle“ und der „Seeperle“ über die Situation der beiden Pflegeheime, insbesondere über die Belegung, die spezielle Betreuung Demenzkranker sowie über die einzelnen Pflegestufen. In beiden Einrichtungen wird eine individuelle Betreuung angeboten. Ein Gespräch des Seniorenbeirats mit dem Heimbeirat wird noch vereinbart.

Über die Multiplikatorenschulung für ein Klimaschutzprojekt berichtete Beiratsmitglied Manfred Hancke. Es handelt sich um Klimawandel und Klimaschutz in Haushalt und Wohnung. Heizen, Lüften, Feuchtigkeit, Warmwasserbereitung und Stromverbrauch sind Faktoren, die beeinflusst werden

können. Weiterhin wurden Fragen der Mobilität in Relation zur Klimaschonung angesprochen. Der Seniorenbeirat prüft, ob sich mit der Verbraucherzentrale Rostock eine Veranstaltung für Graal-Müritz organisieren lässt.

Mit dem Bürgermeister diskutierte der Seniorenbeirat folgende Anregungen: Obwohl die Böschung auf der südlichen Seite der erhöhten Strandpromenade vor der Strandstraße wegen bestehender Unfallgefahr von der Gemeinde angefüllt worden ist, hat sich der Zustand nicht gebessert. Weitere Gespräche müssen deshalb zur Lösung des Problems mit dem Staatlichen Amt für Umwelt und Naturschutz geführt werden. Außerdem schlägt der Seniorenbeirat vor, in den verkehrsberuhigten Zonen Tempo-30-Piktogramme auf den Belag der Straßen anzubringen, damit die Fahrer an das Geschwindigkeitslimit erinnert werden. Die zu gründende Arbeitsgruppe

Verkehr innerhalb der Gemeinde wird sich mit dieser Anregung beschäftigen. Als Mitglied dieser Arbeitsgruppe schlägt der Beirat Herrn Vöpel vor.

Innerhalb der Planungen für das Gebäude „Betreutes Wohnen“ in der Dr.-Leber-Straße soll eine Anlaufstelle im Sinne einer „Sozialstation“ eingerichtet werden. – Da der Seniorenpass, der in der vorausgegangenen Sitzung vorgestellt worden war, nicht weiter bearbeitet wurde, trägt der Seniorenbeirat dieses Anliegen dem zuständigen Ausschuss nochmals vor.

Schließlich schlägt der Seniorenbeirat vor, die Querung der Otto-Bräsig-Straße auf der nördlichen Seite der Kurstraße rollstuhl- und rollatorgerecht zu verändern und sie ähnlich der Querung der Kurstraße auf der westlichen Seite der Rostocker Straße auszuführen.

*Manfred Hancke  
Stellvertretender Sprecher  
des Seniorenbeirats*

## 1000-Wünsche-Box sammelte die Vorschläge

Die Gemeinde Broderstorf im Landkreis Bad Doberan ist eine der sechs ausgewählten Kommunen im Land, die an dem deutschlandweiten Programm des Bundesfamilienministeriums „Aktiv im Alter“ teilnehmen. Im Ergebnis daraus kommen bis 2011 in zwei Schritten 10 000 Euro der Seniorenarbeit in der Gemeinde zugute. Bei der Auftaktveranstaltung in der Amtsverwaltung „Carbaek“ hob LSB-Vorsitzende Brigitte Paetow die vorbildliche Seniorenarbeit in Broderstorf hervor und sagte: „14 Tage lang stellen wir die so genannte 1000-Wünsche-Box im Atrium der Amtsverwaltung auf, damit jeder Vorschläge machen kann, wie aktives Leben im Alter gestaltet werden könne.“ Sie würde sich vorstellen, das Geld in Nachbarschaftsprojekte, Sport- oder Weiterbildungskurse zu investieren.



*Hanns Lange, Bürgermeister der Gemeinde Broderstorf (Bildmitte), bei der Auftaktveranstaltung zum Projekt „Aktiv im Alter“*

Bürgermeister Hanns Lange ermunterte die anwesenden Senioren, ihre Wünsche in die blaue Box einzuwerfen. Die Ostsee-Zeitung zitierte einige Wünsche: etwa eine Bücherstube, die auch Bücher in großer Schrift für Senioren enthält; die Bereitschaft, älteren Menschen zu helfen; das Ab-

senken von Bordsteinen an Gehwegen; ein Haus in der Gemeinde, in dem sich auch Senioren treffen können.

Inzwischen sind alle Wunschzettel eingesammelt. Nun werden die Projekte geplant und im kommenden Jahr in die Praxis umgesetzt. ■

## Gründung eines Seniorenbeirats in Gelbensande in Sicht

Brigitte Paetow, Vorsitzende des Landesseniorenbeirats sowie des Kreis seniorenbeirats Bad Doberan, und Manfred Hancke, stellvertretender Sprecher des Seniorenbeirats der Gemeinde Ostseeheilbad Graal-Müritz, waren Anfang November auf Einladung von Manfred Labitzke, dem 2. Stellvertretenden Bürgermeister, in der Gemeinde Gelbensande zu Gast. Herr Labitzke hatte außerdem die Damen Bernau und Helga Donner sowie die Herren Rolf Thärigen und Bruhs eingeladen, um seine Initiative zur Gründung eines Seniorenbeirats zu erläutern und möglicherweise erste Schritte mit den potenziellen Mitgliedern zu erörtern.

Manfred Labitzke erläuterte die Aktivitäten der Gemeinde hinsichtlich der Integration von Migranten, die in Gelbensande leben. Dazu gebe es mehrere Projekte, beispielsweise gemeinsames Kochen an drei Abenden in Gelbensande („Heidetreff“) und an zwei Abenden in Bad Doberan; die



*Teilnehmer des Vorbereitungsgesprächs zur Gründung eines Seniorenbeirats: (v.l.) Rolf Thärigen, Helga Donner und Manfred Labitzke*

Betreuung von Migranten auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt; das Heranführen von Migranten an Restaurant- und Hotelarbeiten sowie das Schülerprojekt „Wege in eine neue Heimat – Umsiedler nach 1945 und nach 1995“.

Während Brigitte Paetow und Manfred Hancke die Verfahrensweise zur Gründung eines Seniorenbeirats er-

läuterten, skizzierte Manfred Labitzke kurz das weitere Vorgehen: Erarbeitung einer Satzung bis Ende dieses Jahres; Einbringung in den Sozialausschuss und in die Gemeindevertretung Anfang 2010 sowie Benennung eines Mitglieds des gegründeten Seniorenbeirats durch die Gemeinde für den Seniorenbeirat des Landkreises Bad Doberan. ■

## Aktivitäten im Seniorenbeirat der Kreisstadt

Seit 20 Jahren gibt es eine Partnerschaft zwischen den Seniorenbeiräten Bad Doberan und Bad Schwartau im benachbarten Bundesland Schleswig-Holstein. Unlängst kam es zu einem Treffen beider Beiräte, wozu auch ein Besuch des Ehm-Welk-Hauses samt Vortrag über den namhaften norddeutschen Schriftsteller gehörte.

Marianne Böckenhauer (65), Vorsitzende des Seniorenbeirats Bad Doberan, meint: „Jeden ersten Montag im Monat tagen wir von 14 bis 16 Uhr im Rathaus, jeden zweiten Dienstag ist Treff im Rat-

haus.“ Mitte Dezember (nach Redaktionsschluss) fand eine Weihnachtsfeier im Festsaal der Kreisverwaltung statt, an der auch der Chor der Volkssolidarität mitwirkte. In der Kulturnacht im Münster war u.a. der Gospelchor „Spirit of Joy“ der befreundeten Martin-Luther-Gemeinde aus Schwerin mit seinem Leiter Matthias Schröder zu Gast. Während der Seniorenwoche im September nahmen insgesamt 500 ältere Personen an der Auftaktveranstaltung sowie an einer Radtour nach Hütten und einer Busfahrt teil.

Der Vorsitzenden stehen im Beirat zur Seite: Gisela Schröder, Heinz Clement, Rudolf Hasselberg, Gisela Eichstaedt, Johanna Köster, Hildegard Schmidt, Thea Storeck, Ruth Großmann und Anneliese Wolter. „Doch wir brauchen weitere aktive Mitstreiter“, sind sich die Beiratsmitglieder einig, „denn einige Akteure wollen aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden.“ In der Kreisstadt sind gegenwärtig 30 Prozent der 11 500 Einwohner älter als 65 Jahre. Zunehmend aber wird Bad Doberan als Altersruhesitz favorisiert. ■

## LANDKREIS DEMMIN

### Professor Pratzel: „Nicht hinter dem Ofen sitzen!“

„Wer heute in Rente geht, hat noch mehr als ein Viertel seines Lebens vor sich!“ Wenn Helmut Pratzel, Vorsitzender des Seniorenbeirats im Landkreis Demmin, solche Sätze sagt, will er warnen. Aufrütteln. Aufmerksam machen auf ein Thema, das die Kommunalpolitik immer noch gern in den Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ verschiebt, obwohl es in den kommenden Jahren zu einem der gravierendsten Probleme des Landes ausgewachsen wird – so dramatisch wie nur in wenigen Regionen in Europa der demografische Wandel. Immer mehr Menschen werden immer älter, immer weniger Kinder werden geboren, junge Leute wandern in wirtschaftlich begünstigte Gegenden ab. Für die Seniorengeneration hält Pratzel daher, in Verantwortung für die Gesellschaft der Zukunft, eine „Neukonzipierung unserer Lebensläufe“ für unumgänglich, um sie an die viel längere Lebenserwartung anzupassen. „Wir können nicht hinter dem Ofen sitzen und auf das Ende warten. Es kommt nicht darauf an,

wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden.“

Auch von den Kommunen im Landkreis Demmin wünscht sich der in Törpin lebende pensionierte Professor eine aktivere Diskussion der Frage: Ist sie familienfreundlich, ist sie seniorengerecht? Da sei noch viel zu tun, beispielsweise in der Vernetzung der pflegerischen Dienste, im Ausbau einer präventiven Umweltgestaltung und in der Rehabilitation, in einer gesicherten Gesundheitsversorgung ganz allgemein und in Bildungsangeboten im Hinblick auf einen Lebensstil, der eine lange Gesundheit im Alter erlaubt. Auf diese Herausforderungen müssten sich die Kommunen rechtzeitig einstellen. „Aber natürlich ist auch die Generation der Älteren selbst gefragt. Es sollte sich in möglichst jeder Kommune ein Seniorenbeirat gründen, als beratendes Organ und Ansprechpartner für kommunalpolitische Fragen einer altengerechten Zukunft.“

Es gehe nicht nur um die Frage, was die Gesellschaft für die Senioren tun

könne, sondern umgekehrt auch darum: Was können die Senioren für die Gesellschaft tun? „Sie tun schon sehr viel, zum Beispiel im ehrenamtlichen Engagement. Man muss sich nur einmal in den Sport- und Kulturvereinen der Region umschauen. Aber auch in der Wirtschaft, in der Politik und in der Verwaltung werden wir die Älteren in Zukunft noch viel stärker brauchen.“

Die Zahlen geben Pratzel recht. Nur wenige Regionen sind so stark von Bevölkerungsrückgang und -wandel betroffen wie Mecklenburg-Vorpommern – und hier wiederum der Landkreis Demmin, der im Jahr 2020 laut offizieller Prognose fast sechs Prozent weniger Einwohner haben wird. Der Anteil der 80-Jährigen an der Bevölkerung wird sich bis dahin beinahe verdoppeln, während die Zahl der Zweijährigen dann im Vergleich mit den derzeitigen Zahlen um prognostizierte 46,5 Prozent gesunken sein wird.

Thoralf Plath  
Nordkurier / Demminer Zeitung

**Der Blick des Verstandes fängt an scharf zu werden, wenn der Blick der Augen an Schärfe verliert.**

Platon (427–347 v. Chr.)

# HANSESTADT STRALSUND

## Seniorenbeirat der Hansestadt hat sich neu konstituiert

Am 15. Oktober fand die Mitgliederversammlung des Seniorenbeirats der Hansestadt Stralsund statt. Haupttagesordnungspunkt war seine Neukonstituierung. Auf der Bürgerschaftssitzung am 8. Oktober waren 30 Kandidaten zu Mitgliedern des Beirats durch die Stadtvertreter berufen worden.

Vorsitzender Joachim Tiburski begrüßte alle neuen Mitglieder des Seniorenbeirats sowie die langjährigen ehemaligen Mitglieder. Als Gäste hieß er weiterhin den Bürgerschaftspräsidenten Rolf-Peter Zimmer, den Leiter des Amtes für Jugend, Familie und Soziales, Hartmut Zaepernick, sowie Marianne Schröder, Mitarbeiterin des Amtes und Ansprechpartnerin für den Seniorenbeirat, willkommen.

In geheimer Abstimmung wurde der

Vorstand des Beirats gewählt, nachdem sich die Kandidaten den Mitgliedern vorgestellt und ihr Einverständnis zur Mitarbeit gegeben hatten.

Laut Satzung besteht der Vorstand aus sieben Mitgliedern. Es sind: Udo Blohm als Vorsitzender, Hildegard Koepe als 1., Barbara Grimm als 2. Und Prof. Dr. Rupert Eilsberger als 3. Stellvertreter des Vorsitzenden sowie Waltraud Jokeit, Giesela Müller und Dieter Paech als Beisitzer. In die Revisionskommission wurden die Mitglieder Antje Emmerich, Helmut Wittig und Peter Mühle gewählt.

Nach Abschluss des Wahlvorgangs dankte der Präsident der Bürgerschaft den ausscheidenden Mitgliedern für ihre langjährigen Mitarbeit und überreichte Blumen und ein Präsent. Gleichzeitig sprach er die Hoffnung auf eine weitere gute Zusam-

menarbeit mit der neu berufenen Seniorenvertretung aus.

Hartmut Zaepernick dankte den Beiratsmitgliedern für ihr ehrenamtliches Engagement. In sachlicher Zusammenarbeit konnten bedeutende Erfolge erzielt werden, beispielsweise die Auszeichnung Stralsunds als seniorenfreundliche Kommune 2007, außerdem verschiedene generationsübergreifende Projekte und die Durchführung der Seniorenkulturtag. Besonderer Dank erging an Joachim Tiburski, der 15 Jahre als Vorsitzender den Seniorenbeirat leitete.

Der neu gewählte Vorsitzende, Udo Blohm, dankte für das entgegengebrachte Vertrauen in der Hoffnung auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

*G. Müller*

## Bürgerschaft berief die Beiratsmitglieder

In Stralsund hatten sich 18 Frauen und zwölf Männer bereit erklärt, als Mitglieder der Seniorenvertretung in der Hansestadt die Interessen der älteren Einwohner gegenüber der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung zu vertreten. Am 8. Oktober erfolgte

ihre Berufung innerhalb der Bürgerschaftssitzung. Das Alter der Beiratsmitglieder liegt zwischen 56 und 80 Jahren. Je fünf von ihnen wurden von Wohlfahrtsverbänden und Vereinen, sechs von Sozialverbänden, drei von den Gewerkschaften und eins vom

SPD-Kreisverband delegiert. Ein Mitglied vertritt die Interessen der Bewohner des Betreuten Wohnens „Am Sonnenhügel“, neun wollen als nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger im Seniorenbeirat mitarbeiten.

*Rudolf Stiebe*

## Schwerpunkt ist die Nachhaltigkeit bei der Behandlung

Ein neues Versorgungskonzept für Senioren hat die Hansestadt entwickelt und kürzlich als „ambulante geriatrische Komplexbehandlung“ vorgestellt. Sie soll Menschen ab 70 Jahren nach einer schweren Erkrankung nachhaltig in ihrer Kraft, ihrem Gleichgewicht und bei sozialen Kontakten stärken.

Beteiligt daran sind die Kassenärztliche Vereinigung, die AOK Mecklenburg-Vorpommern und die Uhlenhaus GmbH mit ihrem ambulanten Therapiezentrum am Knieperdamm.

Das Konzept, das schon in Waren an der Müritz über ein dreiviertel Jahr erfolgreich angewendet wurde, findet nun in Stralsund einen weiteren Ort für seine Umsetzung. Im Unterschied zur stationären Behandlung wird hier besonderer Wert auf die Nachhaltigkeit gelegt.

Die Therapie erfolgt in Gruppen zu jeweils 15 Personen und erstreckt sich über 20 Tage im Uhlenhaus. Die Patienten kommen entweder allein oder werden durch einen Fahrdienst gebracht. Nach Abschluss der Behand-

lung können die hierbei geknüpften Kontakte in der Reha-Sportgruppe oder in einer Seniorengruppe weiter gepflegt werden. Oberbürgermeister Dr. Alexander Badrow zeigte sich erfreut über die „neue Qualität in der medizinischen Versorgung älterer Menschen“ in der Hansestadt. Zunächst ist die Behandlung nur AOK-Mitgliedern in einem Umkreis von etwa 50 Kilometern um Stralsund möglich, doch können sich auch für andere Kassen durchaus diesem Modellprojekt anschließen. ■

## Herbstsemester dauert bis Mitte Januar

Bis zum 12. Januar 2020 läuft das Herbstsemester der Seniorenakademie 55plus Stralsund e.V.; es begann am 22. September 2009. Am 15. Januar dieses Jahres hatte die Gründungsversammlung der Seniorenakademie stattgefunden. Sie befindet sich im Senior-Trainer-Büro in der zweiten Etage der Kinderbibliothek/Stadtwaage in der Wasserstraße 68.

Das umfassende Weiterbildungsprogramm besteht aus gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen

Angeboten. Im September stellte das Theater Stralsund seine neue Spielzeit vor, im Oktober ging es um die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland und Europa, für November stand ein Besuch des Ozeaneums auf dem Plan. Im Dezember spricht die Religionslehrerin Frau Zimmermann vom Hansa-Gymnasium über die fünf Weltreligionen und im Januar stehen die neuen Regeln beim Erben und Vererben sowie die Vorsorgevollmacht und die Patientenverfügung im

Mittelpunkt. Fach- oder Hochschulabschluss ist für die Teilnahme an der Seniorenakademie nicht erforderlich. Mit dem Berufsförderungswerk Stralsund in der Großen Parower Straße 133 ist ein guter Kooperationspartner gefunden worden, unterstreicht Heidrun Könenkamp und BFW-Geschäftsführer Werner Semmelhack ergänzt: „Wir bereiten unsere Rehabilitanden hier auf ein lebenslanges Lernen vor, was ja im Prinzip schon so etwas wie ein Vorausblick auf die Seniorenakademie ist.“ ■

## Mehr Lebensqualität im Alter

Auf der Regionalkonferenz des Landesseniorenbeirats in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, die im September im Caritas-Seniorenzentrum „St. Josef“ stattfand, war der wichtigste Beratungspunkt das Thema „Für mehr Lebensqualität im Alter – gut und sicher wohnen“. Dazu erschienen für die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH deren Geschäftsführer Dieter Vetter und für die Wohnungsbaugenossenschaft Volkswerft Stralsund eG das Vorstandsmitglied Bri-

gitte Unger. Beide machten deutlich, dass in ihren Unternehmen bereits große Anstrengungen unternommen wurden, um auf die demografische Entwicklung in der Hansestadt zu reagieren und den veränderten Wohnbedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden. Die SWG führte in den vergangenen sechs Jahren sämtliche Modernisierungen so durch, dass die Wohnungen nun weitgehend schwellenfrei und damit alten- und behindertengerecht gestaltet sind. Von den

rund 10 000 vorhandenen SWG-Wohnungen wurden bisher 1300 den Bedürfnissen von Senioren angepasst. Die Wohnungsbaugenossenschaft Volkswerft Stralsund modernisierte 148 Wohnungen so, dass sie jetzt per Aufzug erreichbar sind. 40 Wohnungen sollen in den nächsten zwei Jahren dazukommen. Auf diese Weise soll es den Bewohnern möglich sein, bis ins hohe Alter in jenen Wohnungen zu bleiben, in denen sie meist schon mehrere Jahrzehnte gelebt haben. ■

***Es ist nötig, bürgerschaftliches Engagement zunehmend als Chance zu erkennen, etwas über sich selbst zu lernen, sich weiterzubilden und die eigenen Kompetenzen zu erweitern.***

*Erwin Sellering, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern*

## Optimisten leben länger

Wer optimistisch in die Zukunft blickt, hat ein geringeres Risiko für kardiovaskuläre Todesursachen. Das haben niederländische Forscher um Erik J. Giltay vom Institut für psychische Gesundheit in Delft in einer Studie bestätigt. Giltay und seine Kollegen wählten 545 Männer im

Alter zwischen 64 und 84 Jahren aus, die keine Vorerkrankungen hatten, die Herz und Blutgefäße betreffen, also kardiovaskulär sind; außerdem nicht an Krebs litten oder anfällig für Herzerkrankungen generell waren. Von 1985 bis 2000 wurden die Probanden alle fünf Jahre nach ihrer Einstellung zum

Leben befragt.

Es stellte sich heraus, dass bei denjenigen, die am optimistischsten in die Zukunft blickten, die Rate an Todesfällen innerhalb der fünf Jahre nur halb so groß war wie bei denjenigen, die sich am wenigsten zuversichtlich zeigten.

## LANDKREIS GÜSTROW

### Acht Mitglieder sind „alte Hasen“

Auf Delegation ihrer Ämter, Städte und Kreistagsfraktionen trafen sich zehn Frauen und Männer im Alter zwischen 59 und 76 Jahren, um den Kreissenorenbeirat Güstrow in seiner dritten Amtsperiode zu konstituieren. Der Seniorenbeirat besteht aus insgesamt 14 Mitgliedern. Aus ihrer Runde wurden sieben Mitglieder in den Vorstand gewählt, die ihrerseits Hanne Lore Harder zur Vorsitzenden und Wolf Münster zum Stellvertreter bestimmten. Damit wird der Seniorenbeirat des Landkreises seine Arbeit unter der bewährten Führung der langjährigen Vorsitzenden fort-



Die Mitglieder des neuen Kreissenorenbeirats

setzen. Rosmarie Berner übernimmt die Aufgabe der Schriftführerin. Sie ist neu im Beirat und vertritt das Amt Bützow. Insgesamt nehmen sechs De-

legierte ihre Arbeit neu im Beirat auf. Acht Mitglieder gehören zu den „alten Hasen“, die teilweise dieses Ehrenamt seit Beiratsgründung 2001 bekleiden. Mit Ausnahme eines Amtes und einer Fraktion haben alle Strukturen Delegierte entsandt. Arbeitsschwerpunkte für die nächste Zeit werden sein: das in der Debatte stehende Seniorenmitwirkungsgesetz M-V, Häusliche Gewalt im Alter und Gewalt in der Pflege, die Zukunft des ländlichen Raumes aus Sicht von Seniorinnen und Senioren, Seniorenfreundliche Infrastruktur und nicht zuletzt die Diskussion einer Satzungsänderung. *Roswita Dargus*

### Manfred Lammek verabschiedete sich nach 14 Jahren

Nach fünf Jahren Tätigkeit wurde im Seniorenbeirat der Stadt Güstrow ein neuer Vorstand gewählt. Manfred Lammek, der über 14 Jahre dabei war, verabschiedete sich. „Alles hat seine Zeit“, sagte er. Im Vorstand hatte er, zunächst als Stellvertreter, dann sechs Jahre als Vorsitzender, die Arbeit mitgestaltet. Nach reiflicher Überlegung habe er sich entschlossen, für die vierte Amtsperiode nicht mehr zu kandidieren. Allerdings bleibt der 83-Jährige weiterhin Mitglied im Seniorenbeirat.

Mit Helmut Müller, Hartwig Reeps, Detlef Steinecke, Edith Karasz, Marlies Retzlaf und Johannes Bartels wurden sechs Vorstandsmitglieder erneut bzw. erstmalig gewählt. Auf sie kommen im kommenden Jahr einige Aufgaben zu. „Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wollen wir intensivieren“, betont Helmut Müller, der den Vorsitz weiterhin inne hat. Außerdem wolle man die Aktivitäten in enger Zusammenarbeit mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband gestalten. „Wir setzen uns für die Belange älterer Menschen ein“, betont Helmut Müller. Dazu gehören insbesondere Seniorenfreundlichkeit bei Straßen- und



Der Vorstand des Seniorenbeirats der Stadt Güstrow

Wohnungsbauvorhaben der Stadt. „Wir wollen weiter darauf dringen, dass seniorenfreundliche Aufenthaltsmöglichkeiten in Großmärkten geschaffen werden“, nennt der Vorsitzende ein Beispiel. Vorstandsmitglied Detlef Steinecke ist für die Partei „Die Linke“ im Seniorenbeirat tätig. „Ich möchte zum Wohl der Älteren beitragen. Dabei ist das altersgerechte Wohnen äußerst wichtig“, sagt der 65-Jährige. Der demografische Faktor spreche dafür, dass man sich für

die Belange Älterer einsetzen müsse. Neben den üblichen Festen ist im kommenden Jahr – der Seniorenbeirat besteht dann 15 Jahre – auch ein Fest für die Sponsoren geplant. Über Jahre haben Institutionen und Firmen die Arbeit des Seniorenbeirats mit Geld- und Sachspenden unterstützt. Insbesondere beim Frühlings- und Herbstfest sowie beim Fest der über 90-Jährigen war der Beirat zunehmend auf Unterstützung angewiesen. ■

## Glücklich verlaufen

Mit suchendem Blick betritt das Ehepaar Buhl das Foyer des Vitanas Senioren Centrum Im Casino. „Meine Mutti wird nächste Woche hier einziehen. Wir wollten gern die Einzelheiten absprechen“, wenden sie sich an die Pflegedienstleiterin Heike Camin. „Aber gern, bitte nehmen Sie Platz.“ Gemütlich am Kamin sitzend erzählen die Eheleute die Geschichte der Mutti - dass sie jetzt im Krankenhaus ist, es ihr aber noch nicht wieder so richtig gut geht. Deshalb hat die Sozialstation des Krankenhauses einen Kurzzeitpflegeplatz in einer stationären Einrichtung organisiert. Im Gespräch stellt sich heraus, dass dieser Platz jedoch nicht im Vitanas Senioren Centrum, sondern in einem anderen Haus reserviert wurde. Das ortsunkundige Ehepaar hatte sich in der Straße geirrt – sich verlaufen. Mit den Worten: „Sie haben es aber wirklich sehr schön hier“ verabschieden sie sich von der Pflegedienstleiterin. Kurze Zeit später sind sie wieder da, sprechen noch einmal mit Frau Camin: „Als wir hier rein kamen, wussten wir, dass wir Mutti gern in dieses



Haus bringen würden. Geht das?“ Es ging. Und so zog Elisabeth Buhl einige Tage später in das Vitanas Senioren Centrum Im Casino ein und nutzte hier das Angebot zur Kurzzeitpflege in einer stationären Einrichtung.

Frau Buhl fühlt sich in ihrem vorübergehenden Vitanas-Zuhause sehr wohl. Sie kennt sich im Haus aus und ist durch ihre kontaktfreudige Art

oft mit Bewohnern im Gespräch. Es gibt viel zu erzählen. Mit kleinen Handreichungen ist sie anderen Senioren gern behilflich. Besonders fürsorglich kümmert sie sich um ihren Tischnachbarn Herrn Goldau. Sie selbst sagt über das Vitanas Senioren Centrum Im Casino: „Es ist wirklich schön hier. Alle sind so freundlich und hilfsbereit. Es ist alles glücklich verlaufen.“ ■

Die Kurzzeitpflege kann für maximal 28 Tage im Jahr in Anspruch genommen werden, wenn der ältere Mensch nach einem Krankenhausaufenthalt noch nicht wieder in die Häuslichkeit entlassen werden kann oder wenn durch eine sonstige Krisensituation die häusliche oder teilstationäre Pflege vorübergehend nicht möglich oder nicht ausreichend ist.

Dabei übernimmt die Pflegekasse einen Anteil an den Kosten der pflegebedingten Aufwendungen bis maximal 1470,- €.

Eine weitere Möglichkeit der vorübergehenden Betreuung in einer vollstationären Einrichtung ist die Verhinderungspflege. Nähere Informationen dazu erhalten Sie in der nächsten Ausgabe des *Seniorenkuriers* oder unter der Telefonnummer (0385) 575 66 - 0.

**Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten**, Adam-Scharrer-Weg 12, 19053 Schwerin, Tel. (0385) 51 19 - 0

**Vitanas Senioren Centrum Im Casino**, Pfaffenstraße 3, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 575 66 - 0

[www.vitanas.de](http://www.vitanas.de)

## LANDKREIS UECKER-RANDOW

### Beiratsvorsitzende schrieb an die Bundeskanzlerin

Margot Engelke, Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, hat an Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Brief geschrieben, in dem sie sich herzlich für die Unterstützung des Landkreises Uecker-Randow beim bundesweiten Modellprojekt „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ bedankt. „Mit wenig finanziellen Mitteln ist viel Neues entstanden, das das Leben in unserer Region attraktiver werden lässt“, betont sie.

Das Modellvorhaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung begann am 1. September 2007 und endet am 31. Dezember 2009. Zu den Beispielen gehören das Generationen offene Gemeinschaftshaus in Eggessin, der Verein Zeitbank e.V. und das Lokale Bündnis für Fami-

lie. „Die Begeisterung unserer Bevölkerung für dieses Modellvorhaben ist groß und die Bereitschaft und Aktivität zu noch stärkerer ehrenamtlicher Mitarbeit hervorragend“, schreibt Margot Engelke und bittet deshalb die Bundeskanzlerin, sich dafür einzusetzen, dass der Landkreis „noch für einige Zeit weiterhin von der Bundesregierung unterstützt“ werde, damit das bisher Erreichte „erfolgreich und für alle erlebbar weitergeführt werden“ könne.

Kompetenzhalber reichte das Bundeskanzleramt Margot Engelkes Brief an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung weiter. Von dort erhielt die Vorsitzende des Kreissenorenbeirats eine Antwort, in der die gelungene Umsetzung des Modellvorhabens gewürdigt wird: „Die

etwa 20 bearbeiteten Einzelprojekte wurden überwiegend abgeschlossen. Einige wenige Projekte mit längerem Zeitbedarf werden von unserem Haus in Zusammenarbeit mit dem Ansprechpartner vor Ort in eigener Zuständigkeit weitergeführt.

Als Folgeprojekte aus dem Modellvorhaben unterstützt unser Haus in Ihrer Region gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium zwei Vorhaben bis 2011, die modellhaft für ganz Deutschland umgesetzt werden: die Erarbeitung eines Kreispflegeplans und die Erarbeitung eines Kreisdemenzplans. Zuständiger Ansprechpartner, auch für weitere Informationen zu diesen beiden Projekten, ist die Kreisverwaltung, Fachbereich Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz.“ ■

### Strasburg verabschiedete seinen langjährigen Vorsitzenden

Für die Mitglieder des Strasburger Seniorenbeirats war der 15. Oktober ein besonderer Tag. Sie begrüßten zahlreiche Gäste, unter ihnen die Vorsitzende des Seniorenbeirats des Uecker-Randow-Kreises, Margot Engelke, die Stadtpräsidentin Rosemarie Henke, der Bürgermeister Norbert Raulin und die Hauptamtsleiterin der Stadtverwaltung, Frau Schilling. Der Bürgermeister der uckermärkischen Stadt würdigte die Leistungen des Seniorenbeirats in seinem fast 15-jährigen Bestehen. Seit dieser Zeit leitete auch Hugo Krüger den Seniorenbeirat und konnte auf beachtliche Erfolge verweisen. Aktiv wirkte der Seniorenbeirat an der Verschönerung der Stadt mit, gab stets Hinweise zu notwendigen Veränderungen, nahm aber auch Stellung zu aktuellen politischen Anlässen. Wesentlichen Anteil hatte er auch bei der Auszeichnung Strasburgs als „Seniorenfreundlichste Kommune“ 2007. Nun hat Hugo Krüger um Entlassung aus seiner Funktion gebeten, da er aus familiären Gründen



Der langjährige Beiratsvorsitzende Hugo Krüger im Kreise seiner Mitstreiter

den Landkreis verlässt. Die Leistungen des Beiratsvorsitzenden würdigte auch Margot Engelke und Rosemarie Henke übergab ihm eine Ehrenurkunde für seine langjährige Tätigkeit. Ebenso dankten die Mitglieder des Seniorenbeirats ihrem langjährigen Vorsitzenden für seine stete Einsatzbereitschaft und wünschten ihm auch am neuen Wohnsitz ein erfolgreiches Wirken. Wochenlang hatten sich der Bürgermeister und auch Mitglieder des Seniorenbeirats um einen Nachfolger für Hugo Krü-

ger bemüht. Den Mitgliedern des Seniorenbeirates schlug der Bürgermeister Norbert Raulin Marianne Krüseler als neue Vorsitzende vor. Einstimmig erfolgte dann ihre Wahl. Frau Krüseler hat eine Menge Arbeit übernommen. Ihre Aufgaben wird sie in Ehren lösen können, wenn es ihr gelingt, alle Mitglieder des Seniorenbeirats, aber auch viele Senioren der Stadt in die Arbeit einzubeziehen.

R. Wagner  
Mitglied des Seniorenbeirats

## Bürgermeister aus dem Amt Am Stettiner Haff berichteten

Im Klub der Volkssolidarität in Ueckermünde berichteten innerhalb einer Beratung des Kreissenorenbeirats Bürgermeister aus dem Amt Am Stettiner Haff über die Arbeit mit den älteren Einwohnern in ihren Kommunen. „Wo es wie in Mönkebude, Altwarp oder Lübs starke Ortsgruppen der Volkssolidarität gibt, ist besonders viel los“, kommentierte der *Nordkurier / Haff-Zeitung*. Edith Samuel, Geschäftsführerin der Volkssolidarität im Landkreis, erklärte: „Wir arbeiten gern mit

den Gemeinden zusammen und bieten unsere Dienste an. Aber die Fürsorge für die Bürger ist Aufgabe der Kommunen.“

Bürgermeisterin Hannelore Schwebmeyer aus Luckow berichtete vom Oma-Tag in der gemeindeeigenen Kita, Victoria Stein aus Grambin vom Vereinsfest der Gemeinde, auf dem sich alte wie junge Einwohner treffen. In mehreren Gemeinden erhalten Senioren, die Haus und Hof nicht mehr bewirtschaften können, jedoch nicht

aus dem Ort wegziehen wollen, Unterstützung. Die Mitglieder des Seniorenbeirats besuchten in diesem Zusammenhang eine solche Form der Hilfe in Leopoldshagen, die von der AWO geboten wird.

Beiratsvorsitzende Margot Engelke warb auf der Beratung wiederum dafür, Seniorenbeiräte auch in den Ämtern aufzubauen. Sie könnten, wie in den Städten auch, zu den besten Partnern der Gemeindevertreter werden, unterstrich sie. ■

## Alten-WG – eine erstrebenswerte Ergänzung

Um das Thema Lebensqualität im Alter ging es bei einer Veranstaltung im Freizeitzentrum in Ueckermünde-Ost, die vom Kreissenorenbeirat mit ihrer Vorsitzenden Margot Engelke vorbereitet worden war. Als Partner konnten die Freiberufler Pia Wehner und Herbert Knopf vom Senior-Projekt Schulzenhof gewonnen werden, die ihre Idee vom selbstbestimmten Zusammenleben in einer Alten-Wohngemeinschaft vorstellten. Die *Haff-Zeitung / Nordkurier* berichtete, die Alten-WG funktioniere „wie eine Großfamilie: Die rüstigeren helfen den schwächeren Mitgliedern.

Und wie in der Familie bringt sich in diesem Lebensmodell jeder mit seinem Wissen und mit seinen beruflichen Erfahrungen in die Gemeinschaft ein. Nicht nur, um fit und aktiv zu bleiben, sondern auch, um die Kosten für das Gemeinschaftsleben zu beeinflussen“.

Inzwischen haben Pia Wehner und Herbert Knopf ihr Modell auch im Ueckermünder Rathaus vorgezählt. Monika Buse, Leiterin des Sozialamts im Pasewalker Landratsamt, wertete die Idee als anstrengenswerte Ergänzung zu bestehenden Wohnformen, meinte aber, die Realisierung wäre

schwer, weil „andere Träger ihre Interessen gefährdet“ sähen. Die Idee, meint die *Haff-Zeitung*, funktioniere so: Eine Gruppe von gleichgesinnten Senioren schließt sich im Verein zusammen, der ein Gebäude für individuelles Wohnen mit Gemeinschaftsräumen erschließt – allein nach den Vorstellungen der Nutzer. Ein Sozialbetrieb, Kommunen und Ämter sowie Wohnungsgesellschaften werden als Partner gewonnen. Laut einem Finanzierungsmodell von Pia Wehner und Herbert Knopf sei eine solche Wohnform mit einer Durchschnittsrente durchaus finanzierbar. ■

## Bis 2025 mehr hochbetagte Menschen

Der Anteil der Menschen über 80 Jahre liegt gegenwärtig bundesweit zwischen 4,5 und fünf Prozent, in unserem Bundesland sowie in Branden-

burg sogar noch darunter. Bis 2025 nimmt diese Altersgruppe jedoch stark zu: auf über sieben Prozent in Süd- und Südwestdeutschland und

über neun Prozent im Norden und Nordosten. An der Spitze steht dann mit 10,4 Prozent der Freistaat Sachsen.

## Dem individuellen Risiko begegnen

Die Gelenke in den Fingern oder Zehen müssen wie geschmiert funktionieren. Wenn sich die Gelenkflüssigkeit entzündet, schmerzt jede

Bewegung. Menschen mit Rheuma müssen zudem damit rechnen, dass die Entzündung in den Knochen eindringt und so das Gelenk zerstört. Die

Entzündung muss also unbedingt gestoppt werden. Seit einiger Zeit nutzen Mediziner dazu in Deutschland immer häufiger radioaktive Strahlen.

# LANDKREIS LUDWIGSLUST

## Zu Gast: Fraktionsvorsitzender Helmut Holter

Die vierte Mitgliederversammlung des Kreissenorenbeirats Ludwigs-lust stand unter dem Motto „20 Jahre Mauerfall – 20 Jahre friedliche Revolution“. Daran nahm auch Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender der Linken, teil. Als Zeitzeuge der Wende, als Bürger und Funktionär in der DDR sowie als Fraktionsvorsitzender der Linken im Landtag schilderte er sehr anschaulich seinen Werdegang, beginnend bei seiner Kindheit und Schulzeit in Malliß, über seine Studien in der DDR und der Sowjetuni-



*Gastredner Helmut Holter bei seinen Ausführungen*

on sowie seiner Tätigkeit in der Wirtschaft und Politik bis zum Minister in der Regierung in M-V und zur Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender in der Rolle der Opposition im Parlament, dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Dabei verdeutlichte er die Unterschiede zwischen seiner Tätigkeit als Minister, als Regierungsmitglied und als Oppositionspolitiker.

Holter ging auf die Montagsdemonstrationen zunächst im Süden, dann aber auch in Städten des ehemaligen Bezirks Schwerin und die später einsetzenden Aktivitäten der Andersdenkenden ein, die die DDR besser gestalten wollten, und wertete die politischen Veränderungen, die wirtschaftlichen Ereignisse sowie die gesellschaftlichen und rechtlichen Um-

gestaltungen, die sich durch den Anschluss an die BRD ergaben.

Als Zeitzeuge und Mitgestalter der Entwicklung in der DDR wie auch seit fast 20 Jahre in der BRD beantwortete er Fragen wie: Sind die Bürger 20 Jahre nach der Wende – und hier besonders die Seniorinnen und Senioren – in der BRD angekommen? Sind die Hoffnungen, Vorstellungen und Wünsche bzw. die Versprechungen von den „blühenden Landschaften“ erfüllt worden? Können wir uns heute als gleichberechtigte Bürger der Bundesrepublik verstehen?

Wie der Beiratsvorsitzende kam auch Holter zu dem Schluss, dass besonders bei den älteren Menschen eine Reihe von Defiziten und Ungerechtigkeiten bestünden. Bei vielen Menschen gebe es Frust und Enttäuschung über die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation. Dies hätten auch die Wahlergebnisse im September deutlich gemacht.

Auch die Diskussion war von einer Vielzahl prekärer und Missfallen erzeugender Themen geprägt, u. a. von diesen: Nach fast 20 Jahren Einheit immer noch unterschiedliche Renten und Löhne in Ost und West, unterschiedliches Rentenstrafrecht, Arbeitslosigkeit bei den rentennahen Jahrgängen, Hartz IV, Inflation und Verschlechterung der Lebensverhältnisse, Alters- und Kinderarmut, hohe Belastungen der arbeitenden Bevölkerung und der Senioren, hingegen Steuergeschenke für die Reichen und hohe Abfindungen für Manager und Bankchefs.

Mehrfach ging es um Gedanken wie: In der DDR war nicht alles schlecht bzw. in der DDR gab es kein Recht, aber viel Gerechtigkeit. In der heutigen BRD gebe es zwar Recht, dafür aber viele Ungerechtigkeiten. Als Beispiele wurden genannt: Zwei-Klassen-Medizin, Ärztemangel, Termine

beim Fachärzten von einem halben Jahr und länger – keiner hätte so etwas in der Wendezeit gefordert. Wo ist die soziale Sicherheit geblieben? Warum werden unsere Lebensleistungen nicht anerkannt und warum trennt man die Lebensleistung der Menschen nicht vom politischen System?

Fazit der Veranstaltung: Zahlreiche Seniorinnen und Senioren sind im heutigen Rechtsstaat mit seinen vielen Unzulänglichkeiten nur teilweise angekommen und vermissen die



*Der Seniorenbeirat dankte Doris Keil für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.*

Gleichstellung von Alt- und Neubürgern. Sie sind enttäuscht von den Realitäten und der Darstellung der unterschiedlichen Entwicklungen der beiden deutschen Staaten.

Auf der Mitgliederversammlung wurde nach fast dreijähriger Arbeit für den Kreissenorenbeirat Doris Keil verabschiedet. Sie übernimmt in der Kreisverwaltung eine andere Tätigkeit. Das Bedauern darüber überragt der Dank für die vertrauensvolle und herzliche Zusammenarbeit mit dem Beirat und den Vorstandsmitgliedern. Vorgestellt wurde Jessica Markmann, die das Aufgabengebiet nun übernommen hat.

*Franz-Josef Kemper  
Vorsitzender des Kreissenorenbeirats*

# LANDKREIS OSTVORPOMMERN

## Polnische Gäste wurden herzlich begrüßt

Es ist schon fast ein Ausflug für jedes Mitglied des Kreissenorenbeirats Ostvorpommern, wenn die Sitzung etwa in einem Pflegeheim in Ahlbeck stattfindet oder im Verwaltungsamt Spantekow im flächenmäßig ausgedehnten Landkreis. Möglichkeiten zur Teilnahme bieten sich durch Fahrgemeinschaften oder man nutzt den Bus oder die Usedomer Bäderbahn. Diesmal fand die Beratung in der Tagespflege „Zur alten Post“ in Heringsdorf statt, die verwaltungsmäßig der „Pommernresidenz“ in Ahlbeck angeschlossen ist. In den zweckmäßig eingerichteten Räumen gibt es 15 Plätze. Senioren oder Kranke können dort versorgt werden. Als Beschäftigung bieten sich Basteln, Bewegungsübungen, Vorlesen und Musik hören an. Auch Pflegeberatung ist möglich.

An der Sitzung nahmen auch Gäste aus Polen teil. Frau Irene Raether aus Karlshagen, die seit mehreren Jahren Kontakte zu Senioren aus Swinemünde (Swinoujście) pflegt, hatte fünf Damen eingeladen, die ehrenamtlich in Vereinen arbeiten. Sie kamen gern und wurden sehr herzlich begrüßt. In Bildern wurden die „Pommernresidenz“ in Ahlbeck und die Tagespflege „Zur alten Post“ in Heringsdorf – diese gibt es seit 2008 – vorgestellt.

Auch das benachbarte Polen, so erfuhr man von unseren Gästen, besitzt gut eingerichtete Krankenhäuser und Sanatorien, letztere besonders an der Ostseeküste; sie sind sehr empfehlenswert. Hinzu kommt eine Reihe von Pflegeheimen. Sozialvereine und Kirchen haben Betreuerdienste eingerichtet, die bei Reinigungsar-

beiten helfen, Essen austeilen und Tagespflege übernehmen. Selbsthilfegruppen gibt es für Diabetiker und Krebskranke. Gemeinsame Projekte zwischen Polen und der Insel Usedom beziehen sich auf Vorhaben auf den Strandpromenaden, in Schulen und bei Kulturveranstaltungen.

Das Treffen war auch am Nachmittag von einer freundschaftlichen Atmosphäre geprägt. So entstand der Wunsch, weitere gemeinsame Zusammenkünfte zu gestalten, um Neues über Seniorenbetreuung beider Länder zu erfahren und gemeinsam Sozialeinrichtungen kennenzulernen.

*Dr. Karin Sodemann  
Vorstandsmitglied  
des Kreissenorenbeirats*

## „Wir brauchen einen starken Sozialstaat!“

### Präsidenten der Sozialverbände kritisieren Klientelpolitik der neuen Bundesregierung

Der Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität und der Sozialverband Deutschland (SoVD) haben gemeinsam die neue Bundesregierung davor gewarnt, die bisherige Politik des Sozialabbaus und der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme fortzusetzen. „Es wird nicht an Bemühungen fehlen, Sozialleistungen weiter zurückzuschrauben“, kritisierte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler. SoVD-Präsident Adolf Bauer bezeichnete ergänzend die weitere Abkehr von den Prinzipien der Solidarität und der Parität in den sozialen Systemen als „falschen Weg“.

Bauer betonte: „Wir brauchen einen starken Sozialstaat“ und kritisierte die „Klientelpolitik statt einer Politik

für die Menschen“, die seit den achtziger Jahren kontinuierlich versuche, soziale Errungenschaften schrittweise zurückzudrehen. So werde die private Vorsorge gefördert, die jedoch nur den Finanzkonzernen nutze. Die gesetzlichen Versicherungssysteme bei Rente und Gesundheit hingegen würden geschwächt und gefährdet. Das gelte für alle Bundesregierungen seit Ende der siebziger Jahre und drohe, von der neuen Regierung fortgesetzt zu werden.

„Wir werden in den nächsten Jahren – davon gehen alle Prognosen aus – mit einer deutlich zunehmenden Verschärfung im Bereich des Sozialen zu tun haben“, warnte Volkssolidaritäts-Präsident Prof. Winkler. „Das reicht von erneut steigender Arbeitslosigkeit

über steigende Armut von Familien mit Kindern bis zu Armut trotz Arbeit und Armut im Alter.“

Wenn Sozialverbände und Organisationen „wieder wie nach dem Krieg“ Suppenküchen und Wärmestuben anbieten müssten für Arme und Obdachlose, sei etwas „faul im Staate“, laufe etwas falsch in einem der reichsten Länder der Erde, betonten beide Verbandspräsidenten. Während Konzernen mit Milliarden geholfen werde, würden für die Mehrheit der Bürger neue Belastungen drohen und sich die Lebensbedingungen verschlechtern. Deshalb sei es mehr als bisher notwendig, dass die Sozialverbände zusammenarbeiten und gegen sozialpolitische Fehlentwicklungen Widerstand leisten. ■

## Rechte Pflegebedürftiger sind nun gestärkt

Seit dem 1. Oktober ist das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz in Kraft. Es stärkt die Rechte älterer, pflegebedürftiger und behinderter Menschen, wenn sie Verträge über die Überlassung von Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen abschließen. Den Gesetzentwurf hatte die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen Anfang dieses Jahres vorgelegt. Die vertragsrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes werden damit abgelöst und weiter entwickelt. „Das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz sichert den Verbraucherschutz für die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen, es stärkt aber auch den Schutz für diejenigen, die sich für eine neue Wohn- und Betreuungsform entscheiden. So tragen wir dazu bei, dass die Menschen nach ihren individuellen Wünschen und Bedürfnissen leben können“, sagte die Bundesministerin.

**Zu den wichtigsten Vorschriften gehören:**

1. Verbraucherinnen und Verbraucher haben Anspruch auf vorvertragliche Informationen in leicht verständlicher Sprache über Leistungen, Entgelte und das Ergebnis von Qualitätsprüfungen.
2. Verträge werden grundsätzlich auf unbestimmte Zeit und schriftlich abgeschlossen. Eine Befristung ist nur zulässig, wenn sie den Interessen des Verbrauchers nicht widerspricht.
3. Das vereinbarte Entgelt muss angemessen sein. Eine Entgelterhöhung ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich und bedarf der Begründung.
4. Bei Änderung des Pflege- oder Betreuungsbedarfs muss der Unternehmer eine entsprechende Anpassung des Vertrages anbieten. Ausnahmen bedürfen der gesonderten Vereinbarung.

5. Eine Kündigung des Vertrages ist für den Unternehmer nur aus wichtigem Grund möglich. Für Verbraucher gelten besondere Kündigungsmöglichkeiten.

Eine Übergangsvorschrift stellt sicher, dass die Neuregelung erst ab dem 1. Mai 2010 auf Verträge Anwendung findet, die nach dem bisherigen Heimgesetz abgeschlossen wurden. Für andere Altverträge wie zum Beispiel Miet- und Dienstverträge im Bereich des Betreuten Wohnens gilt das Gesetz auch zukünftig nicht.

Die ordnungsrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes werden durch Regelungen der Länder ersetzt (in Mecklenburg-Vorpommern durch das „Einrichtungenqualitätsgesetz“). Dies entspricht der durch die Föderalismusreform 2006 bewirkten Neuverteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. ■

## Künftig Bedarfsgrade statt Pflegestufen

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff habe statt der bisherigen Pflegestufen fünf Bedarfsgrade zum Inhalt. Das betonte Dr. Marlies Volkmer, Mitglied im Gesundheitsausschuss des vorherigen Bundestags, auf einer Podiumsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Zukunft der Pflege“ in Leipzig. Ziel sei eine ganzheitliche Betrachtung, die mehr als bisher den Grad der Selbstständigkeit von Pflege-

bedürftigen bewerte. Mit dem neuen Begriff seien dem Gesetzgeber durch ein Expertengremium wichtige Vorschläge vorgelegt worden, die es nun umzusetzen gelte.

Es sei ein neues Begutachtungsverfahren entwickelt worden, das – so das Magazin FES-Info der Friedrich-Ebert-Stiftung in seiner Ausgabe 2/2009 – Mobilität, kommunikative Fähigkeiten, Selbstversorgung und

die Möglichkeiten der Gestaltung des Alltagslebens in den Mittelpunkt stelle. Klar müsse aber sein, so Dr. Volkmer weiter, dass auch zukünftige staatliche Pflegeleistungen keine Vollversorgung bieten könnten.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit Dr. Matthias von Schwanenflügel erwartet von dem neuen System insgesamt mehr Gerechtigkeit. ■

## Die Rente ist einfach zu knapp

Etwa 25 Prozent der Senioren zwischen 60 und 80 Jahren in Deutschland wünschen sich eine bezahlte Tätigkeit. Das hat eine Umfrage des Instituts Forsa ergeben. Vor zehn Jahren hatte sich nur ein Prozent der Befragten nach einem Job gesehnt. Die

Ursache liegt darin, dass bei vielen arbeitsuchenden Ruheständlern die Rente zu knapp ist.

Doch nicht nur finanzieller Mangel sei ein Antrieb für den „Un-Ruhestand“, meint der Altersforscher Prof. Jürgen Kocka. Jahrelang seien

die Anreize vom Sozialstaat so gesetzt worden, dass „die Ruhestandsphase erstmals in der Geschichte zum Massenphänomen und zugleich zum eigentlichen Kennzeichen der Altersphase geworden ist“. Nun verändere sich das Bild vom Ruheständler. ■

## Auch „Normalbürger“ haben bemerkenswerte Biografien

Bis zum 28. Februar 2010 läuft bundesweit der Biografie-Wettbewerb „Was für ein Leben!“ des Deutschen Historischen Museums und der Wochenzeitung *DIE ZEIT*. Er will darauf hinweisen, dass auch die Biografien von „Normalbürgern“ bzw. Nicht-Präsentanten dokumentierenswert sind – sei es als Zeugnis der Zeitgeschichte oder weil Andere aus dem Erfahrungs-

wissen lernen können. Gesucht werden dazu Menschen, die eine kurze Skizze von sich, von Verwandten oder Freunden einsenden als Beispiel für einen bemerkenswerten Lebenslauf. Eine Jury von Biografie-Experten und Historikern wählt diejenigen Lebensgeschichten aus, die anschließend filmisch dokumentiert werden sollen. Drei Filmpreise werden vergeben, und

zwar in den Kategorien Zeitzeuge, Persönlichkeit und Engagement. Die eingesandten Beiträge können während des Wettbewerbs auf [www.wasfuereinleben.de](http://www.wasfuereinleben.de) eingesehen werden. Kontakt: Wettbewerbsbüro „Was für ein Leben!“, c/o ad.eo filmbiografien, Am Festungsgraben 1, 10117 Berlin; Tel. (030) 75 54 19 41; E-Mail: [info@wasfuereinleben.de](mailto:info@wasfuereinleben.de) ■

## In der Wohnküche wird auch geklönt

Frau Boll sitzt am liebsten in der Küche auf ihrem Platz, denn dann sieht sie, wer kommt, wer geht und hat Gesellschaft.

Frau Kuri mag keinen Mehlbüdel und Frau Walter darf auf keinen Fall gestört werden, wenn ihre Lieblingsserie im Fernsehen läuft. Die Bewohner des Friedrichshofs in Dingen in Dithmarschen (Schleswig-Holstein) kennen einander sehr gut, denn sie leben in einer WG, einer ambulant

betreuten Wohngemeinschaft für Senioren.

Obwohl Frau Boll, Frau Kuri und die anderen körperlich allerlei Probleme haben, unterscheidet sich ihr Alltag deutlich vom Leben in einem Alters- oder Pflegeheim. Die Bewohner des Friedrichshofs sind Mieter. Sie bestimmen selbst über ihren Tagesablauf und ihre Pflege – und sie haben ein Mitspracherecht, wenn es um die Bewerbung neuer Mitbewohner geht.

Das Herz der WG ist die Wohnküche. Dort kocht Bruno Waldmann für alle das Mittagessen, dort wird gegessen, gespielt und geklönt. Der Friedrichshof hat Modellcharakter.

Selbstbestimmung und die individuelle Betreuung der Senioren sind hier ebenso wichtig wie das Gemeinschaftsleben. Dennoch liegen die Kosten unter dem Durchschnitt und sind mit einer normalen Rente zu bezahlen. ■

## „Kann ich nun auch wieder Auto fahren?“

Unter dem Titel „Rote Kelle für Herrn Bender“ berichtete die Rundfunkjournalistin Barbara Dobrick vor kurzem im Programm von NDR Info über Dithmarscher Senioren, die ihre Fahrtüchtigkeit testen lassen. Sie erläuterte dazu: Herr Bender war krank und wurde im Westklinikum (WKK) in Heide (Holstein) behandelt. Als er nach Hause

entlassen worden war und in sein Alltagsleben zurückkehrte, ergab sich die Frage: Kann ich nun auch wieder Auto fahren? Das ist wichtig, denn seine Frau hat keinen Führerschein und auf dem Land ist man angewiesen aufs Auto.

Das Klinikum hat sich ebenfalls mit dieser Problematik befasst und bietet seit

sechs Jahren den Senioren-Check zur Überprüfung der Fahrtüchtigkeit an. Wenn Test und Beratung freiwillig erfolgen, sind die Ergebnisse vertraulich und es bleibt den älteren Damen und Herren selbst überlassen, welche Konsequenzen sie daraus ziehen. Die Resonanz auf dieses Angebot ist erfreulicherweise positiv. ■

## Gesamtes Sozialgesetzbuch in einem Band

Aktualisiert wurde das kompakte Nachschlagewerk „Das gesamte Sozialgesetzbuch SGB I bis SGB XII“ aus dem Walhalla Fachverlag Berlin. Aufgenommen sind die Neuerungen seit Januar 2009 und die Änderungen zum 1. August 2009. Im Unterschied zu herkömmlichen Gesetzessamm-

lungen enthält die mit 19,90 Euro kostengünstige Arbeitshilfe (Umfang: 1312 Seiten) neben allen Sozialgesetzbüchern in ungekürzter Fassung auch die praxisbezogenen Durchführungsverordnungen, Nebenbestimmungen und das Sozialgerichtsgesetz. Weitere Infos: [\[de/news/84905/Das-gesamte-Sozialgesetzbuch-in-einem-handlichen-Band.html\]\(http://de/news/84905/Das-gesamte-Sozialgesetzbuch-in-einem-handlichen-Band.html\);](http://www.openpr.</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

Kontakt: Walhalla Fachverlag, Schiffbauerdamm 5, 10117 Berlin, E-Mail: [Kaufmann.Anne-Claire@WALHALLA.de](mailto:Kaufmann.Anne-Claire@WALHALLA.de); [www.WALHALLA.de](http://www.WALHALLA.de) ■

## Krankenkasse muss für die Kosten aufkommen

Einen Fall, wie er häufig vorkommt, machte der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. kürzlich publik:

Ein Hausarzt hatte seiner hochbetagten und pflegebedürftigen Patientin im Mai 2006 ein Vitaminpräparat verschrieben, das ein Pflegedienst einmal pro Woche als intramuskuläre Injektion verabreichte. Weil es sich um ein nicht verschreibungspflichtiges Medikament handelte, musste die Patientin die Kosten dafür selbst tragen. Da der Arzt das Präparat für erforderlich hielt, die Patientin dieses aber sich nicht selbst injizieren konnte, stellte er für die Verab-

reichung des Medikaments eine Verordnung häuslicher Krankenpflege aus. Diese Leistung hätte die Krankenkasse bezahlen müssen.

Die betreffende Kasse – es handelte sich um die AOK Hessen – verweigerte dies jedoch mit der Begründung: Wenn Medikamente aus der Leistungspflicht der Gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen worden seien, bestünde für die Krankenkassen auch keine Verpflichtung mehr, die Gabe dieser Medikamente durch Pflegedienste zu vergüten.

Das Bundessozialgericht entschied nun eindeutig anders:

Mit dem Ausschluss der Verordnungsfähigkeit bestimmter Medikamente aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung war keineswegs beabsichtigt, zugleich die Leistungen der häuslichen Krankenpflege zu beschneiden.

Das Verabreichen nicht verschreibungsfähiger Medikamente zur Sicherung der ambulanten ärztlichen Behandlung ist nach wie vor ordnungsfähig und die Leistungen der ambulanten Pflegedienste sind folglich von den Krankenkassen zu bezahlen. ■

## Abgebrühte Gauner sind am Werk

Immer mehr ältere Menschen fallen auf die Machenschaften von abgebrühten Gaunern herein. Sei es der fette Lottogewinn, die absolut sichere Geldanlage, die Wunderpille, seien es kostspielige Zusatzuntersuchungen oder „Therapien“ – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Die Kaffeefahrt mit dem Bus für 19,90 DM vor zwanzig Jahren führt heute nach Tunesien und ist kostenlos. Dubiose Un-

ternehmen und Banken sollen eigene Abteilungen nur für das Geschäft mit den Senioren aufgebaut haben, denn „noch nie waren ‚die Alten‘ so reich wie heute“.

Der Südwestrundfunk (SWR) will dazu im Fernsehen eine zweiteilige Dokumentationsreihe starten unter den Themen: „Geld – Banken, Versicherungen, Lotterien und Preisgelder“ und „Der große Gesundheitsmarkt –

Von Schlankbädern, Nahrungsmittelergänzungen oder sündhaft teuren Zusatzuntersuchungen und Therapien“.

An Senioren, die mit solchen Fallentstellern schon einmal zu tun gehabt hatten, wendet sich der SWR mit der Bitte um Informationen. Kontakt: Ellen Trapp, Telefon (030) 398 837 70 oder mobil 0179 29 900 59. Sie ruft zurück. E-mail: ellentrapp@gmx.de ■

## Informationsquelle und Nachschlagewerk zugleich

Drei Broschüren, von Juristen verfasst und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, hat die BIVA herausgegeben, die Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung. „Der Heimvertrag“ informiert mit Stand 2008 über die Rechte nach dem Heimgesetz und der allgemeinen Rechtsordnung und beschreibt verbraucherfreundliche Regelungen, die über das gesetzliche Muss hinausgehen. „Hilfs-

mittel im Heim“ (Stand 2009) gibt Auskunft über Rechtsansprüche zur Erleichterung der individuellen Lebensführung und zur Unterstützung pflegerischer Maßnahmen sowie zur Vorbeugung gegen gesundheitliche Beeinträchtigungen. „Freiheitsentziehende Maßnahmen“ erläutert mit Stand 2008 den rechtlichen Rahmen und die Bedingungen, unter denen Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte zulässig sind, verdeutlichen aber auch die Schranken, die der Gesetzgeber gesetzt hat.

„Mit diesen drei Broschüren wollen

wir zur Aufklärung beitragen und das Handeln transparent machen“, kommentierte BIVA-Geschäftsführerin Katrin Markus. „Sie sind Informationsquelle und Nachschlagewerk zugleich.“ Die Publikationen können kostenlos heruntergeladen werden (<http://www.biva.de/>) oder sind erhältlich gegen einen Unkostenbeitrag von 10 bzw. 15 Euro plus Versandkosten bei der BIVA-Geschäftsstelle in 53913 Swisttal-Heimerzheim, Vorgebirgstraße 1, Tel. (02254) 7045, Fax (02254) 7046, E-Mail: info@biva.de ■

# Patientenverfügung ist grundsätzlich verbindlich

Diese Regelung mit Gesetzescharakter gilt seit dem 1. September

Der sechs Jahre währende Streit um die Patientenverfügung ist endlich beigelegt. Die vom Bundestag beschlossene Regelung mit Gesetzescharakter gilt seit dem 1. September: Künftig müssen Ärzte das befolgen, was Patienten schriftlich verfügt hatten: Ob und wie sie behandelt werden möchten, wenn sie auf der Schwere ihrer Krankheit ihren Willen nicht mehr selbst äußern können.

„In Deutschland haben Schätzungen zufolge zwischen acht und zehn Millionen Menschen eine Patientenverfügung verfasst“, schrieb Jörg Michel in der April-Ausgabe des Magazins Blickpunkt Bundestag, das vom Referat Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag herausgegeben wird. „Nach Schätzungen der Hospizstiftung werden in Deutschland jedes Jahr zwischen 400 000 und 600 000 Entscheidungen am Sterbebett über Leben und Tod notwendig.“

In diversen, sich manchmal widersprechenden Urteilen legten bisher Gerichte fest, wie mit dem mündlichen oder schriftlichen Willen von Sterbenden in Deutschland umzugehen sei. Die Bundesärztekammer ergänzte diese Urteile mit eigenen Richtlinien. Danach seien Patientenverfügungen generell verbindlich.

Viele Ärzte – so Michel – wären bisher im Zweifel auf Nummer Sicher gegangen und hätten auf lebenserhaltende Maßnahmen gesetzt. „Die wahren Dramen spielen sich in den Pflegeheimen ab“, meint der Münchner Neurologe und Palliativmediziner Gian Domenico Borasio. „Eine halbe Million Menschen werden dort dauerhaft künstlich ernährt, ein Großteil davon ohne medizinische Indikation oder gegen den erklärten oder mutmaßlichen Willen.“

Seit Ende der neunziger Jahre debattierte der Bundestag dieses Thema. Vor der Sommerpause, am 18. Juni, stimmte er mit klarer Mehrheit für die

grundsätzliche, weitgehende Verbindlichkeit der Patientenverfügung. Angestoßen hatte die Entscheidungsfindung der SPD-Rechtspolitiker Joachim Stünker. Schon früh hatte er einen Entwurf erarbeitet, der die Selbstbestimmung der Patienten in den Mittelpunkt stellt. „Es gibt ein Recht auf Leben, aber keine Pflicht“, meinte der ehemalige Familienrichter. Er will, dass schriftliche Patientenverfügungen „unabhängig vom Stadium und der Art der Erkrankung“ befolgt werden, sofern sich Arzt und Betreuer einig sind, dass der Wille des Patienten auch auf die konkrete Entscheidungssituation übertragbar ist. Das betreffe auch Krankheiten, die nicht notwendigerweise unumkehrbar zum Tod führen, wie das Wachkoma. Die Verfügung sollte möglichst schriftlich vorliegen, aber auch mündliche Verfügungen seien denkbar, wenn Arzt und Betreuer in der Einschätzung des Patientenwillens übereinstimmen. Gerichte müssten nur im Konfliktfall eingeschaltet werden.

## Blick zu den Nachbarn

Wie sieht es eigentlich im Ausland aus? Welche Regelungen herrschen dort?

### ÖSTERREICH

Seit März 2006 gibt es ein Gesetz zu Patientenverfügungen. Danach sind Verfügungen nur bindend, wenn sie in schriftlicher Form bei einem Notar, Rechtsanwalt oder bei rechtskundigen Mitarbeitern von Patientenvertretungen niedergelegt werden. Sie müssen alle fünf Jahre erneuert werden. Notwendig ist auch eine medizinische Pflichtberatung. Lebensverkürzende Maßnahmen sind dagegen verboten.

### SCHWEIZ

Patientenverfügungen werden nicht explizit vom Gesetz geregelt. Es gibt auch keine höchstrichterliche Rechtsprechung. Dennoch wird der Patientenwille von den Ärzten in der Regel akzeptiert. Bei der Sterbehilfe gibt es eine vergleichsweise offene

Regelung. Zwar ist Beihilfe zur Selbsttötung nicht ausdrücklich erlaubt, verboten ist sie aber nur, wenn den Helfern „selbstsüchtige“ Motive nachgewiesen werden. Mediziner dürfen einem unheilbar Kranken eine tödliche Dosis von Medikamenten besorgen, wenn der Patient sie selbst einnimmt.

### NIEDERLANDE

Patientenverfügungen spielen bislang keine große Rolle. Allerdings wenden sich Menschen mit unheilbaren Krankheiten oft an einen Notar, um ihren Willen zu dokumentieren. Die Verfügung gilt dann als verbindlich, mündliche Äußerungen nicht. Das betrifft auch die Sterbehilfe, die seit 2002 erlaubt ist. Ärzte dürfen einem Schwerkranken eine tödliche Spritze verabreichen, wenn der Patient im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte und dessen Tod absehbar ist. Ein Ausschuss aus einem Arzt, Juristen und Ethikexperten muss zustimmen.

### FRANKREICH

Patienten haben das Recht, eine Behandlung zu verweigern, wenn sie zuvor über die Risiken aufgeklärt wurden. Seit 2005 ist das in einem Gesetz verankert. Eine Patientenverfügung kann bei Behörden, Ärzten, der Familie oder Krankenhäusern in Verwahrung gegeben werden. Die Verfügung muss alle drei Jahre erneuert werden, anderenfalls muss der Arzt sie nicht berücksichtigen. Passive Sterbehilfe ist nicht strafbar, aktive Sterbehilfe schon.

### GROSSBRITANNIEN

Es gibt zwei Arten von Patientenverfügungen: eine einfache schriftliche oder mündliche „Erklärung eines allgemeinen Willens“ – diese gilt zwar als Richtlinie für die Ärzte, aber sie ist rechtlich nicht bindend. An die „weitergehende Verfügung“ müssen sich die Ärzte dagegen halten. In ihr können Patienten festhalten, welche Behandlung sie möchten und welche sie ausschließen. Aktive Sterbehilfe ist nicht erlaubt, gilt als Mord.

Aus: Blickpunkt Bundestag April 2009

## Wer prägte wann und wo den Begriff „Geriatric“?

Seit der Römerzeit denken Ärzte über eine besondere Heilkunde für alte Menschen nach, aber mehr als Empfehlungen für die richtige Lebensweise sind dabei nicht herausgekommen. Bis zu dem Moment, da der in Österreich geborene Arzt Ignaz Nascher in einem Aufsatz des New York Medical Journal von 1909 zum ersten Mal den Begriff „Geriatric“

benutzte. Nascher betrachtete alte Menschen nicht mehr in erster Linie als Patienten, sondern sah sie als eine Gruppe Menschen, deren spezielle Lebenssituation mit bestimmten alterstypischen Symptomen einhergeht.

Inspiriert wurde Nascher durch einen Besuch im Wiener Altersheim Lainz, wo die Bewohner des Hauses

erstaunlich alt wurden. Der Leiter der Anstalt erklärte, man verfare mit den alten Menschen ähnlich wie ein Kinder- und Jugendmediziner mit Kindern, stelle also die Pflege und Behandlung ganz auf die Bedürfnisse der Altersgruppe ein. Nascher entwickelte daraus die „Grundprinzipien der Geriatric“, die wegweisend für die Zukunft wurden. ■

*Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann. Fragt, was ihr für euer Land tun könnt.*

*John F. Kennedy*

### IMPRESSUM

#### Herausgeber und

#### Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat

Mecklenburg-Vorpommern e.V.,

Haus der Begegnung Schwerin,

Perleberger Straße 22,

19063 Schwerin,

Telefon: (0385) 5 55 79 70

oder 5 55 79 93

Fax: (0385) 5 55 89 61

Mail: [lsb@landesseniorenbeirat-mv.de](mailto:lsb@landesseniorenbeirat-mv.de)

[www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

Vorsitzende: Brigitte Paetow

Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Sozialministerium

Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung:

Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

15. November 2009

Redaktionsschluss für Nr. 1/2010:

15. Februar 2010

## Dor liggt dat an

„Kiek, Opa, ick kann schrieben“,  
so strahlt mi Hanning an.

Hei will kein Dümning blieben  
un wiesen, wat hei kann.

Grotvadder möt em laben:

„Dat makst du wirklich fein.

Wur heit denn dit hier baben?

Ick kann dat nich so seihn.

Na, segg, wat sall dat heiten?“

Dor stutzt die Schriewersmann:

„Wur sall ick dat denn weiten,

wenn'ck noch nich läsen kann?“

*Egon Brauns*

Therapiezentrum für Geriatrie  
und Schlaganfall



Karl-Marx-Str. 16, 18195 Tessin  
Telefon: 038205 71-0 Zentrale, Fax: 038205 71-101  
E-Mail: info@tessinum.de, Internet: www.tessinum.de



## Den Jahren Leben geben

*Nach einer überstandenen Krankheit wieder auf die Beine zu kommen, das fällt mit zunehmendem Alter schwerer. Oft lässt sich die Selbstständigkeit spontan nicht wieder herstellen. In der Folge droht dauerhafte Pflegebedürftigkeit. An diesem Punkt setzt das Tessinum Therapiezentrum für Geriatrie und Schlaganfall an.*

Unser Haus zählt zu den modernsten seiner Art in ganz Deutschland – sowohl wegen seiner überdurchschnittlichen Ausstattung, als auch wegen seiner zeitgemäßen Methodik. Fürsorglich kümmert sich unser auf Senioren spezialisiertes Team von Ärzten, Therapeuten und Pflegekräften um jeden einzelnen Patienten. Bei aller Technik und Qualifikation – unsere beste Medizin ist und bleibt unsere Herzenswärme. Wir arbeiten mit Leidenschaft und Sorgfalt, mit Respekt und Zuversicht.

Ziel ist es, unseren Patienten wieder ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir helfen Ihnen, Behinderungen oder Alterseinbußen zu bewältigen. Gemeinsam mit Patienten und Angehörigen erstellen wir einen individuellen Therapieplan, den wir schrittweise umsetzen.

Die Aufnahme in unsere Klinik erfolgt als Anschlussheilbehandlung nach Anmeldung durch das Krankenhaus, das den Patienten zuvor stationär betreut hat. Ein- und Zweibettzimmer mit Dusche, WC, Telefon und Fernseher bieten bis zu 70 Patienten eine wohnliche Umgebung. Sie erinnert eher an ein Hotel als an ein Krankenhaus, wozu übrigens auch die weithin geschätzte Küche beiträgt.

Eingebettet ist das Haus in einen grünen Park und in ein multifunktionales Seniorenzentrum. Die gemütliche Kleinstadt Tessin liegt 25 km östlich der Universitäts- und Hansestadt Rostock, unweit der Autobahn A20. Die Klinik bietet sich vor allem für Patienten im Großraum Rostock und im Westteil Mecklenburg-Vorpommerns an.

**Gern informieren wir Sie ausführlicher.**



## Informieren Sie sich. Wir beraten Sie gern.

- Vollstationäre Pflege
- Kurzzeitpflege
- Urlaubspflege
- Verhinderungspflege
- Betreutes Wohnen
- Fahrdienst auf Anfrage
- Hauseigene Küche

*Der Wohnpark Zippendorf als Wohnanlage mit Pflegeeinrichtung, Betreutem Wohnen und Mietwohnungen ist derzeit die größte Seniorenwohnanlage an einem Standort in der Landeshauptstadt Schwerin.*

*Unsere weitläufigen und liebevoll gepflegten Grünanlagen im Naherholungsgebiet Schwerin-Zippendorf laden zu gemütlichen Spaziergängen ein.*

*Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.*

*Unser Pflegeverständnis ist eingebunden in die ganzheitliche Pflege und Betreuung sowie der persönlichen Biographie unserer Bewohner/innen.*

*Die vielfältigen Beschäftigungen fördern und erhalten den Selbständigkeits- und Mobilitätserhalt.*



## Wohnpark Zippendorf

Alte Dorfstraße 45, 19063 Schwerin

### Einrichtungsleitung:

Christel Kliemchen, 0385 / 20 10 10 11

### Pflegedienstleitung:

Monika Rathje, 0385 / 20 10 10 31

[www.wohnpark-zippendorf.de](http://www.wohnpark-zippendorf.de)



*In guten Händen  
älter werden.*